Goette/Arnold
Handbuch Aufsichtsrat

Handbuch Aufsichtsrat

Herausgegeben von

Professor Dr. Wulf Goette
Vorsitzender Richter am BGH a.D.
Honorarprofessor der Universität Heidelberg

Professor Dr. Michael Arnold
Rechtsanwalt, Stuttgart
Honorarprofessor an der Universität Tübingen

3. Auflage 2026

C.H.BECK

Zitiervorschlag:
Goette/Arnold AR-HdB/Bearbeiter § … Rn. …

beck.de

ISBN PRINT 978 3 406 83923 8

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz, Druck und Bindung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen

chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 3. Auflage

Gleiss Lutz als eine der renommiertesten, großen deutschen Fullservice-Wirtschaftskanzleien hat ihre jahrzehntelange, tiefgreifende und breitflächige Expertise aus der Beratung aller drei Organe einer deutschen Aktiengesellschaft in der 1. und 2. Auflage des Handbuchs Aufsichtsrat eingebracht und eine umfassende Darstellung aller beim Zusammenwirken der drei Gesellschaftsorgane auftretenden Probleme vorgelegt. Das Buch ist von den Lesern sehr freundlich aufgenommen worden, wie nicht nur in Rezensionen (vgl. zB *Simons* ZHR 2022, 190 ff.), sondern auch an den hohen Klickzahlen bei beck-online deutlich wird; diese Reaktionen zeigen, dass die Erwartung der Herausgeber, der Autoren und des Verlags, das Werk möge Hilfen und Anleitungen vor allem für die mit den praktischen Fragen des Aktienrechts befassten Kreise, ebenso aber Anregungen für die Wissenschaft bieten, in Erfüllung gegangen ist.

Die Entwicklung des Aktienrechts schreitet weiterhin rasend schnell voran: Die Anforderungen an den Aufsichtsrat und seine Mitglieder steigen weiter, die regulatorischen Anforderungen – ein Beispiel ist die Berichterstattung zur Nachhaltigkeit, deren Entwicklungen nachzuzeichnen eines der hervorzuhebenden Anliegen der Neuauflage ist – nehmen zu, die Vorstandsvergütung wird immer komplexer, Governance-Fragen beschäftigen die Anleger in immer größerem Umfang, Fragen der Investorenkommunikation wie der Aufsichtsratskommunikation gewinnen immer größere Bedeutung, und die mit der Durchführung der Hauptversammlung – virtuell oder physisch – zusammenhängenden, teilweise ganz neuen Fragen fordern die Unternehmensjuristen, die anwaltlichen Berater und die Wissenschaft heraus.

„Kenner der Materie" aus der Mitte der Kanzlei haben – selbstverständlich wieder unter Einarbeitung der neuen Gesetzeslage und Auswertung von Rechtsprechung und Literatur (Stand Februar 2026) – diese Entwicklungen und die Diskussionen in Wissenschaft und Praxis engmaschig nachzeichnend diese 3. Auflage des Handbuchs Aufsichtsrat erarbeitet. Nach wie vor bildet der Abschnitt „Aufgaben und Kompetenzen" (§ 4) einen wesentlichen Schwerpunkt des Werks. Herausgeber und Verlag halten nach sorgfältiger Abwägung des Für und Wider einer Aufteilung dieses Abschnitts auf mehrere Paragraphen daran fest, es im Interesse des sachlichen Zusammenhangs bei der bewährten Aufteilung zu belassen, dem Interesse an einer Steigerung der Übersichtlichkeit aber durch Straffung der Inhaltsübersicht des § 4 und die separate Zählung der Fußnoten für die einzelnen Unterabschnitte Rechnung zu tragen. Auf den in der 2. Auflage in § 12 enthaltenen Abschnitt über den Aufsichtsrat in der Corona-Krise kann nunmehr verzichtet werden; für etwaige Altfälle ist vielmehr auf die nach wie vor aktuelle 2. Auflage *(Cornelius Götze)* zu verweisen. Der aktualisierte und ergänzte Abschnitt zum Monitor (§ 4 H) reflektiert noch deutlicher als die beiden Vorauflagen die nicht stillstehende Entwicklung dieser Materie in den USA; hier sind die sehr hilfreichen Diskussionen mit Jason M. Weinstein, Partner, Steptoe LLP, eingeflossen. Neu eingefügt ist ein neues Kapitel (§ 13 – *Marc Ruttloff*), in dem die in der Praxis immer bedeutsameren Besonderheiten der „Aufsichtsräte in Unternehmen mit Beteiligung der öffentlichen Hand" zusammenfassend und problem- wie lösungsorientiert dargestellt werden. Ein eigenes neues Kapitel (§ 12 – *Katharina Bein*) schließlich ist den in besonderem Maße aktuellen und praktisch wie wissenschaftlich herausfordernden Entwicklungen der künstlichen Intelligenz und deren Umgang durch Vorstand und Aufsichtsrat gewidmet; der Einfluss von KI-Systemen auf die Arbeit der Organe der Gesellschaft, Fragen über deren Leistungsfähigkeit und daraus folgend des berechtigenden oder verpflichtenden Einsatzes dieses Instruments sowie die sich daraus ergebenden Folgen für Sorgfaltspflichten und Haftung bilden Schwerpunkte dieses Kapitels.

Vorwort

Auch für diese Auflage gilt: Für alle Beteiligten war es wieder eine große Herausforderung, neben der Bearbeitung großer, höchst anspruchsvoller und komplexer Mandate das Programm zeitnah abzuschließen. Ohne die Unterstützung einer Reihe von Mitarbeitern der Kanzlei hätte sich dies nicht verwirklichen lassen. Herausgeber und Autoren danken deswegen *Annika Basteck, Ferdinand Bauer, Benedikt Berg, Julius Bernard Berghoff, Anton Dorst, Johannes Gillhoff, Lisa Hahn, Simon Hessling, Elena Himmelmann, Jan Ihrig, Gustav Kobus, Theresa König, Rrezarte Krasniqi-Zajmi, Ishak Maurer, Berfin Meder, Laurens Justin Meßner, Alena Missler, Henrike Pandora Polte, Noah Rahn, Maximilian Reinhardt, Anton Schahadat, Pia Winterhoff* sehr herzlich für ihre zuverlässige Mitwirkung bei der Zusammenstellung des weit gefächerten Stoffs und der steten Bereitschaft zu zielführender Diskussion der zT schwierigen Fragen. Besonderer Dank gilt *Jan Ihrig,* der unermüdlich den Manuskriptlauf überwacht, koordinierend eingegriffen und vor allem zuverlässig die beiden Register ergänzt und aktualisiert hat. Dem Verlag danken wir erneut für die gewohnt fürsorgliche Begleitung der Manuskripterstellung und für die große Geduld mit der einen oder anderen eingetretenen, unvermeidlichen Verzögerung.

Stuttgart im Mai 2026

Professor Dr. Michael Arnold
Professor Dr. Wulf Goette

Die Bearbeiterinnen und Bearbeiter

Professor Dr. Michael Arnold
Rechtsanwalt, Stuttgart
Honorarprofessor an der Universität Tübingen

Professor Dr. Christian Arnold, LL.M. (Yale)
Rechtsanwalt, Stuttgart
Honorarprofessor der Universität Mannheim

Katharina Bein
Rechtsanwältin, Düsseldorf

Dr. Adrian Bingel, LL.M. (Chicago), Dipl.-Kfm.
Attorney-at-Law (New York) Rechtsanwalt, Stuttgart

Peter Steffen Carl
Rechtsanwalt, München

Dr. Matthias Gärtner
Rechtsanwalt, Düsseldorf

Professor Dr. Wulf Goette
Vorsitzender Richter am BGH a.D.
Honorarprofessor der Universität Heidelberg

Dr. Christian Hamann
Rechtsanwalt, Berlin

Martin Hitzer
Rechtsanwalt, Düsseldorf

Dr. Maximilian von Rom
Rechtsanwalt, Frankfurt am Main

Dr. Gabriele Roßkopf, LL.M. (London)
Rechtsanwältin, Stuttgart

Dr. Vera Rothenburg
Rechtsanwältin, Stuttgart

Dr. Marc Ruttloff
Rechtsanwalt, Stuttgart

Dr. Hansjörg Scheel
Rechtsanwalt, Stuttgart

Dr. Dirk Wasmann
Rechtsanwalt, Stuttgart

Dr. Fred Wendt
Rechtsanwalt, Hamburg

Im Einzelnen haben bearbeitet

§ 1 Einleitung
Rn. 1–17 ..... Michael Arnold
Rn. 18–79a ..... Wulf Goette
Rn. 80–123 ..... Michael Arnold
Rn. 124–143 ..... Wulf Goette

§ 2 Zusammensetzung ..... Gabriele Roßkopf

§ 3 Innere Ordnung
Rn. 1–389 ..... Peter Steffen Carl
Rn. 390–576 ..... Adrian Bingel

§ 4 Aufgaben und Kompetenzen

A. Überwachungskompetenz
Rn. 1–212 ..... Michael Arnold
Rn. 213–380 ..... Vera Rothenburg

B. Einwirkungskompetenz
Rn. 381–498 ..... Michael Arnold

C. Personalkompetenz
Rn. 499–1182 ..... Matthias Gärtner
Rn. 1183–1820 ..... Christian Arnold
Rn. 1821–1944 ..... Matthias Gärtner
Rn. 1945–2046 ..... Hansjörg Scheel
Rn. 2047–2159 ..... Matthias Gärtner
Rn. 2160–2266 ..... Dirk Wasmann

D. Vertretungskompetenz
Rn. 2267–2338 ..... Vera Rothenburg
Rn. 2339–2448 ..... Wulf Goette

E. Mitwirkungskompetenz
Rn. 2449–2551 ..... Vera Rothenburg
Rn. 2552–2643 ..... Dirk Wasmann
Rn. 2644–2664 ..... Michael Arnold
Rn. 2665–2686 ..... Peter Steffen Carl

F. Sonderprüfer
Rn. 2687–2851 ..... Michael Arnold

G. Besonderer Vertreter
Rn. 2852–2921b ..... Gabriele Roßkopf

H. Monitor
Rn. 2922–3025 ..... Martin Hitzer (Hinweise zum US-amerikanischen Recht von Jason M. Weinstein)

§ 5 Pflichten und Sanktionen
Rn. 1–165e ..... Martin Hitzer
Rn. 166–183 ..... Matthias Gärtner
Rn. 184–201 ..... Wulf Goette

§ 6 Vergütung und Auslagenersatz ..... Dirk Wasmann/Matthias Gärtner

§ 7 Mitbestimmter Aufsichtsrat ..... Christian Arnold

§ 8 Aufsichtsrat im Konzern ..... Fred Wendt

§ 9 Aufsichtsrat in anderen Gesellschaftsformen
Rn. 1–61 ..... Gabriele Roßkopf
Rn. 62–176 ..... Vera Rothenburg
Rn. 177–226 ..... Wulf Goette
Rn. 227–286 ..... Vera Rothenburg

§ 10 Aufsichtsorgane in beaufsichtigten Unternehmen des Finanzsektors ..... Maximilian von Rom/Hansjörg Scheel

§ 11 Datenschutz ..... Christian Hamann

§ 12 Künstliche Intelligenz im Aufsichtsrat ..... Katharina Bein

§ 13 Aufsichtsräte in Unternehmen mit Beteiligung der öffentlichen Hand ..... Marc Ruttloff

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 3. Auflage V
Die Bearbeiterinnen und Bearbeiter VII
Im Einzelnen haben bearbeitet IX
Inhaltsverzeichnis XIII
Abkürzungsverzeichnis XLVII
Literaturverzeichnis LXI

§ 1 Einleitung 1
§ 2 Zusammensetzung 45
§ 3 Innere Ordnung 117
§ 4 Aufgaben und Kompetenzen 267
§ 5 Pflichten und Sanktionen 1263
§ 6 Vergütung und Auslagenersatz für Aufsichtsratsmitglieder sowie Verträge mit Aufsichtsratsmitgliedern 1317
§ 7 Mitbestimmter Aufsichtsrat 1427
§ 8 Aufsichtsrat im Konzern 1569
§ 9 Aufsichtsräte in anderen Gesellschaftsformen 1633
§ 10 Aufsichtsorgane in beaufsichtigten Unternehmen des Finanzsektors 1705
§ 11 Datenschutz 1755
§ 12 Künstliche Intelligenz im Aufsichtsrat 1775
§ 13 Aufsichtsräte in Unternehmen mit Beteiligung der öffentlichen Hand 1801

Entscheidungsregister 1845
Sachverzeichnis 1919

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage V
Die Bearbeiterinnen und Bearbeiter VII
Im Einzelnen haben bearbeitet IX
Inhaltsübersicht XI
Abkürzungsverzeichnis XLVII
Literaturverzeichnis LXI

§ 1 Einleitung

I. Aufgaben und Kompetenzen 2
1. Überwachungskompetenz 2
2. Beratungs- und Einwirkungskompetenz 3
3. Personalkompetenz 3
4. Vertretungskompetenz 5
5. Mitwirkungskompetenz 5
II. Pflichten 6
1. Sorgfalt und Haftung einschließlich D&O 6
a) Grundlagen 6
b) Sorgfaltsmaßstab 6
c) Pflichten 7
d) Schuldhafte Pflichtverletzung und Haftung 8
e) Anspruchsverfolgung, Verzicht und Vergleich, D&O Versicherung 10
2. Insbesondere: Verschwiegenheitspflicht 12
3. Insbesondere: Datenschutz 12
4. Insbesondere: Kapitalmarktrechtliche Pflichten 12
III. Rechte 13
1. Informationsrecht 13
2. Teilnahmerecht 13
3. Einberufungsverlangen 13
4. Vergütung 14
5. Kreditgewährung 15
6. Budgetrecht des AR? 15
IV. Rechtsquellen und Geschichte 15
1. AktG 15
2. Satzung 16
3. Geschäftsordnung 17
4. Mitbestimmungsgesetze 18
5. HGB 18
6. Weitere Gesetze 19
7. DCGK 19
8. Europäisches Recht 22
9. Geschichte des Aufsichtsrats 23
V. Grundprinzipien 28
1. Unternehmensinteresse 28
2. Gleichbehandlung und Gleichberechtigung 31
a) Aufsichtsratsmitglieder 31

b) Aufsichtsrat und Vorstand ... 32
c) Aktionäre ... 32
3. Persönliche Amtswahrnehmung ... 32
4. Weisungsfreie Amtsführung ... 33
5. Selbstorganisationsrecht ... 34
VI. Mitbestimmter Aufsichtsrat ... 35
1. MitbestG ... 35
a) Anwendung des MitbestG ... 35
b) Bildung, Größe und Zusammensetzung des Aufsichtsrats ... 36
c) Wahl, Ausscheiden und Schutz der Arbeitnehmervertreter ... 37
d) Innere Ordnung und Tätigkeit des Aufsichtsrats ... 38
2. DrittelbG ... 39
a) Anwendung des DrittelbG ... 39
b) Besonderheiten nach dem DrittelbG ... 39
VII. Aufsichtsrat in anderen Gesellschaftsformen ... 40
1. KGaA ... 40
2. SE ... 41
3. GmbH ... 42
4. Genossenschaft ... 43

§ 2 Zusammensetzung

I. Allgemeines ... 47
1. Zusammensetzung ... 47
a) Rechtsgrundlagen ... 47
b) Mitbestimmte Aufsichtsräte ... 50
c) Rechtsfolge bei Verstoß ... 50
2. Geschlechterquote ... 52
a) Zwingende Geschlechterquote (§ 96 Abs. 2, 3 AktG, § 393a AktG) 52
b) Festlegung von Zielgrößen für Frauenquote (§ 111 Abs. 5 AktG) . 53
c) Rechtsfolgen bei Verstoß ... 55
II. Persönliche Voraussetzungen ... 57
1. Gesetzliche Voraussetzungen (§ 100 Abs. 1 AktG) ... 57
2. Gesetzliche Hinderungsgründe ... 57
a) Nach AktG ... 57
b) Nach anderen Gesetzen ... 64
3. Eignung ... 64
4. Unabhängigkeit ... 67
5. Interessenkonflikt ... 69
6. Persönliche Voraussetzungen in der Satzung ... 69
7. Besondere Voraussetzungen ... 71
a) Arbeitnehmervertreter ... 71
b) Finanzexperten und Sektorenkenntnis (§ 100 Abs. 5 AktG) ... 71
c) Kein gesetzliches Erfordernis eines KI-Experten ... 72
8. Rechtsfolgen des Fehlens persönlicher Voraussetzungen oder Vorliegens von Hinderungsgründen ... 72
a) Verstoß gegen § 100 Abs. 1, 2 AktG ... 72
b) Verstoß gegen von der Satzung geforderte persönliche Voraussetzungen ... 73
c) Verstoß gegen § 100 Abs. 5 AktG ... 74
d) Verstoß gegen § 105 Abs. 1 AktG ... 75
e) Verstoß gegen Vorgaben in Bezug auf Eignung, Unabhängigkeit, Interessenkonflikt ... 76

f) Besonderheiten für entsandte Mitglieder 76
g) Verstoß bei gerichtlicher Bestellung 76
9. Ehrenvorsitzende, Ehrenmitglieder 77
III. Bestellung 78
1. Wahl der Anteilseignervertreter 78
a) Wahlvorschlag 78
b) Durchführung der Wahl 79
c) Wahlabreden 82
d) Annahme der Wahl und Amtsbeginn 83
e) Erster Aufsichtsrat 83
2. Wahl der Arbeitnehmervertreter 84
3. Entsendung durch Aktionäre 84
a) Einräumung und Ausgestaltung 85
b) Entsendungsberechtigter 85
c) Ausübung des Entsendungsrechts 85
d) Höchstzahl 86
4. Gerichtliche Bestellung 87
a) Allgemeines 87
b) Beschlussunfähigkeit (§ 104 Abs. 1 AktG) 87
c) Unvollständigkeit (§ 104 Abs. 2 AktG) 88
d) Voraussetzungen der Unterbesetzung 89
e) Antragserfordernis 89
f) Zuständigkeit 90
g) Gerichtliche Entscheidung 90
h) Rechtsstellung der gerichtlich bestellten Aufsichtsratsmitglieder 92
5. Fehlerhafte Bestellung 92
IV. Amtszeit 94
1. Beginn und Ende der gesetzlichen Amtszeit 94
2. Besondere Satzungsregelungen 95
3. Wiederbestellung 96
4. Sonderfälle 97
a) Arbeitnehmervertreter 97
b) Entsandte Mitglieder 97
c) Gerichtlich bestellte Mitglieder 98
d) Erster Aufsichtsrat 98
V. Vorzeitige Beendigung 99
1. Wegfall persönlicher Voraussetzungen 99
2. Abberufung 100
a) Von der Hauptversammlung frei gewählte Aufsichtsratsmitglieder (§ 103 Abs. 1 AktG) 100
b) Entsandte Aufsichtsratsmitglieder, § 103 Abs. 2 AktG 101
c) Gerichtliche Abberufung (§ 103 Abs. 3 AktG) 103
d) Besonderheiten bei gerichtlich bestellten Mitgliedern 106
e) Besonderheiten bei Arbeitnehmervertretern 107
3. Amtsniederlegung 107
4. Erfolgreiche Anfechtungsklage 109
5. Tod 109
6. Gesellschaftsbezogene Beendigungsgründe 110
7. Zeitweiser Widerruf der Bestellung 110
VI. Besonderheiten bei Ersatzmitgliedern 111
1. Allgemeines 111
2. Bestellung 111

3. Nachrücken ... 113
4. Ausscheiden ... 113
VII. Bekanntmachungspflichten hinsichtlich der Zusammensetzungdes Aufsichtsrats ... 114
1. Bekanntmachungen im Handelsregister ... 114
2. Sonstige Publizitätspflichten ... 115

§ 3 Innere Ordnung

I. Selbstorganisationsrecht ... 120
1. Autonomiebereich ... 120
2. Satzungsregelungen ... 121
3. Einflussnahme auf die Zusammensetzung des Aufsichtsrats ... 122
a) Diversität und Diversitätskonzept ... 122
b) Ziele für Zusammensetzung und Kompetenzprofil ... 124
II. Aufsichtsratsvorsitzender ... 125
1. Wahl ... 125
a) Wahlverfahren ... 125
b) Gerichtliche Bestellung ... 130
c) Amtszeit ... 131
d) Abberufung ... 132
e) Niederlegung ... 134
2. Mitteilungspflichten der Gesellschaft ... 135
a) Anmeldung zum Handelsregister ... 135
b) Angabe auf Geschäftsbriefen ... 136
3. Besondere Rechte und Pflichten des Aufsichtsratsvorsitzenden ... 136
a) Leitungsaufgaben ... 137
b) Berichtsempfang und Informationspflichten ... 141
c) Entscheidung über Sitzungsteilnahme von Dritten ... 143
d) Austausch mit Vorstandsvorsitzendem ... 147
e) Repräsentationsaufgaben ... 147
f) Sonstige Repräsentationsaufgaben ... 151
g) Koordination der Aufsichtsratstätigkeit ... 151
h) Maßnahmen zur Sicherung der Vertraulichkeit ... 152
i) Ausstattung des Aufsichtsratsvorsitzenden ... 152
j) Hilfsgeschäfte des Aufsichtsratsvorsitzenden ... 153
k) Hauptversammlung ... 153
l) Registeranmeldungen ... 154
4. Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender ... 154
a) Wahl ... 154
b) Anzahl der Stellvertreter ... 154
c) Reihenfolge der Stellvertreter ... 154
d) Verhinderungsfall ... 155
e) Befugnisse ... 155
5. Ehrenvorsitzender ... 156
a) Zuständigkeit für die Ernennung ... 156
b) Keine Publizitätspflichten ... 157
c) Rechtliche Stellung ... 157
d) Haftung ... 158
e) Finanzielle Aspekte ... 158
III. Plenum ... 159
1. Autonomiebereich des Plenums ... 159

2. Geschäftsordnung ... 160
a) Zuständigkeit ... 160
b) Regelungsmöglichkeiten ... 161
c) Geltungsdauer ... 162
d) Rechtsfolgen bei Verstößen gegen die Geschäftsordnung ... 163
3. Selbstbeurteilung ... 163
a) Ziel ... 164
b) Zuständigkeit ... 164
c) Gegenstand ... 164
d) Methodik ... 165
e) Frequenz ... 165
f) Auswertung und Dokumentation ... 166
IV. Ausschüsse ... 166
1. Bildung von Ausschüssen ... 166
a) Aufsichtsratsbeschluss ... 168
b) Größe von Ausschüssen ... 168
c) Dauer ... 169
d) Besetzung von Ausschüssen ... 169
e) Ausschussvorsitz ... 173
2. Beratende und beschließende Ausschüsse ... 173
a) Kompetenzzuweisung ... 173
b) Grenzen der Delegation ... 174
3. Präsidium/Personalausschuss ... 177
4. Vermittlungsausschuss ... 179
5. Prüfungsausschuss ... 179
a) Einrichtung ... 179
b) Aufgabenbereich ... 180
c) Unmittelbares Auskunftsrecht des Prüfungsausschusses ... 187
d) Besetzung des Prüfungsausschusses ... 188
6. Nominierungsausschuss ... 190
7. Sonderausschüsse ... 193
a) Ausschüsse im Finanzsektor ... 193
b) Ausschuss für Geschäfte mit nahestehenden Personen ... 193
c) Compliance-Ausschuss ... 199
d) Beteiligungsausschuss in mitbestimmten Gesellschaften ... 200
e) Projektbezogene Ausschüsse ... 200
8. Innere Ordnung ... 201
a) Regelungszuständigkeit ... 201
b) Geschäftsordnung von Ausschüssen ... 201
c) Aufgaben des Ausschussvorsitzenden ... 202
d) Entscheidung über Teilnahme an Ausschusssitzungen ... 204
9. Berichtspflichten ... 209
10. Überwachung der Ausschussarbeit ... 210
11. Informelle Gremien innerhalb des Aufsichtsrats ... 210
12. Besondere Anforderungen an Ausschussmitglieder ... 211
V. Einberufung und sonstige Vorbereitung ... 212
1. Einberufung ... 212
a) Grundsätzliche Zuständigkeit ... 212
b) Rechtsnatur ... 213
c) Form und Frist ... 213
d) Häufigkeit, Verteilung der Termine, außerordentliche Sitzungen ... 214
e) Ort, Zeit und Tagesordnung ... 215

f) Verteilung der Unterlagen ... 217
g) Einberufungsmängel ... 218
h) Einberufungsverlangen nach § 110 Abs. 1 AktG ... 218
i) Selbsthilferecht nach § 110 Abs. 2 AktG ... 220
2. Sonstige Vorbereitung ... 221
VI. Beschlussfassung ... 223
1. Entscheidung/Beschluss ... 223
a) Begriffe und Rechtsnatur ... 223
b) Ausdrückliche Beschlussfassung ... 224
c) Zustandekommen des Beschlusses ... 225
d) Geheime Abstimmung ... 225
e) Mehrheitserfordernis ... 227
f) Stimmrecht und Stimmverbot ... 228
2. Beschlussfähigkeit ... 230
3. Stimmabgabe ohne Präsenz ... 231
a) Schriftliche Stimmabgabe ... 231
b) Beschlussfassung ohne Sitzung ... 233
4. Fehlerhafte Beschlüsse ... 236
VII. Sorgfalts- und Verschwiegenheitspflicht ... 237
1. Sorgfaltspflicht ... 238
a) Allgemeiner Maßstab ... 238
b) Qualifikationsanforderungen ... 239
c) Besondere Funktionsträger ... 240
d) Spezifische Sorgfaltspflichten ... 241
2. Verschwiegenheitspflicht ... 245
a) Reichweite der Verschwiegenheitspflicht ... 245
b) Definition der vertraulichen Information ... 246
c) Entscheidung über Offenlegung ... 247
d) Verpflichteter Personenkreis ... 249
e) Informationsempfänger ... 250
f) Einbeziehung von Beratern ... 251
g) Einschaltung sonstiger Hilfspersonen ... 252
h) Sitzungsteilnehmer ... 253
i) Konzernsachverhalte ... 253
j) Rechtsfolgen ... 254
k) Maßnahmen zur Steigerung der Vertraulichkeit in der Praxis ... 255
VIII. Dokumentation ... 257
1. Protokoll ... 257
a) Protokollierungspflicht ... 257
b) Unterzeichnung der Niederschrift ... 258
c) Form der Niederschrift ... 258
d) Inhalt der Niederschrift ... 259
e) Berichtigung und Widerspruch ... 260
f) Folgen bei Unzulänglichkeiten ... 261
g) Abschriften ... 261
h) Vorlage von Niederschriften ... 262
2. Aufbewahrung von Unterlagen ... 263
a) Archivierung durch die Gesellschaft ... 263
b) Aufbewahrung durch Aufsichtsratsmitglieder ... 264
c) Rückgabe von Unterlagen ... 265

§ 4 Aufgaben und Kompetenzen

A. Überwachungskompetenz ... 271
I. Grundlagen der Zuständigkeit des Aufsichtsrats ... 274
1. § 111 Abs. 1 AktG ... 274
2. Bedeutung der Überwachungsaufgabe ... 275
3. Einfluss des Aufsichtsrats ... 275
4. Beratung als Teil der Überwachung ... 276
II. Gegenstand und zeitlicher Umfang ... 277
1. Die Geschäftsführung als Überwachungsgegenstand ... 277
a) Begriff der Geschäftsführung ... 277
b) Überwachung der wesentlichen Leitungsmaßnahmen des Vorstands ... 277
2. Personelle Reichweite der Überwachung ... 278
a) Vorstandsmitglieder ... 278
b) Leitende Angestellte ... 278
3. Sitzungshäufigkeit und zeitliche Anforderungen ... 279
III. Inhalt der Überwachungspflicht ... 281
1. Berichte des Vorstands an den Aufsichtsrat als Grundlage der Überwachung (§ 90 AktG) ... 281
a) Allgemeines ... 281
b) Regelmäßige Berichterstattung durch den Vorstand (§ 90 Abs. 1 AktG) ... 284
c) Berichte auf Verlangen des Aufsichtsrats (§ 90 Abs. 3 AktG) ... 289
d) Ordnungsgemäße Berichterstattung (§ 90 Abs. 4 AktG) ... 292
e) Informationsrecht des einzelnen Aufsichtsratsmitglieds (§ 90 Abs. 5 AktG) ... 293
f) Verstoß gegen die Berichtspflicht ... 294
2. Sorgfaltsmaßstab bei der Überwachung ... 295
a) Rechtmäßigkeit ... 295
b) Ordnungsmäßigkeit ... 295
c) Wirtschaftlichkeit ... 296
d) Zweckmäßigkeit ... 296
3. Art und Intensität der Überwachung ... 297
a) Normallage ... 297
b) Sonderlage ... 297
4. Vergangenheitsbezogene Überwachung ... 299
a) Ermittlung des Sachverhalts ... 299
b) Beurteilung des Sachverhalts ... 299
c) Unterrichtung des Vorstands ... 299
5. Prüfungs- und Berichtspflicht gem. § 171 AktG ... 300
a) Jahresabschluss ... 301
b) Lagebericht ... 302
c) Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns ... 303
d) CSR-Bericht ... 304
e) Berichtspflicht über das Ergebnis schriftlich an die Hauptversammlung ... 305
6. Errichtung eines Risikoüberwachungs- und Risikomanagementsystems durch den Vorstand, § 91 Abs. 2, 3 AktG 309
7. Einholung von Rechtsrat und Sachverständigengutachten ... 310
a) Beauftragung gem. § 111 Abs. 2 S. 2 AktG ... 311
b) Beauftragung außerhalb von § 111 Abs. 2 S. 2 AktG ... 313

8. Prüfungsausschuss 315
a) Allgemein 315
b) Aufgaben 316
9. Zusammenarbeit mit dem Abschlussprüfer 320
IV. Form der Erfüllung der Überwachungsaufgabe durch den Aufsichtsrat 321
1. Teilhaberechte und -pflichten der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder an der Meinungsbildung im Aufsichtsrat 321
2. Ein- und Mitwirkungsrechte des Aufsichtsrats 322
a) Präventive Ein- und Mitwirkungsrechte des Aufsichtsrats 322
b) Reaktive Ein- und Mitwirkungsrechte des Aufsichtsrats 329
V. Compliance-Verantwortung und Internal Investigation 332
1. Einleitung 332
a) Begriff 332
b) Zweck 333
2. Überwachung der Geschäftsführung nach § 111 AktG 334
a) Allgemeine Zuständigkeit des Aufsichtsrats für Überwachung 334
b) Organinterne Wahrnehmung 334
3. Präventive Compliance-Pflicht des Vorstands 334
4. Mindestanforderungen an eine Compliance-Organisation 336
a) Prüfungsstandards für eine Compliance-Organisation 336
b) Zuordnung von Verantwortlichkeiten 337
c) Risikoanalyse als Informationsgrundlage 339
d) Berichtssystem 340
e) Unternehmenskultur und Bewusstsein für Compliance 343
5. Compliance im Konzern 344
a) Konzernweite Compliance 344
b) Die Rolle des Aufsichtsrats bei konzernweiter Compliance 346
6. Repressive Compliance-Pflicht des Vorstands 346
a) Untersuchungs- und Aufklärungspflicht 347
b) Abstellen des Compliance-Verstoßes 350
c) Sanktionierung von Fehlverhalten (Arbeitsrechtliche Maßnahmen) 350
d) Anspruchsprüfung/-abwehr 351
e) Änderung/Verbesserung des Compliance-Systems 352
7. Die Überwachungspflicht des Aufsichtsrats 352
a) Inhalt 352
b) Intensität der Überwachung 353
c) Instrumente im Einzelnen 354
8. Originäre Compliance-Pflicht des Aufsichtsrats 356
a) Personelle Maßnahmen 356
b) Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen 356
c) Eigene Sachverhaltsermittlung 357
9. Aufsichtsratsinterne Compliance 361
a) Interessenkollision 361
b) Rechtswidrige Beschlüsse 361
c) Beraterverträge 362
10. Berichtspflicht in der Hauptversammlung 362
B. Einwirkungs- und Beratungskompetenz 363
I. Ausgangspunkt: Geschäftsführungsverbot, § 111 Abs. 4 S. 1 AktG 364
II. Einwirkung durch Beratung 365
III. Einwirkung durch Zustimmungsvorbehalte, § 111 Abs. 4 S. 2 AktG 366
1. Grundlagen 366

2. Begründung von Zustimmungsvorbehalten 367
3. Inhaltliche Ausgestaltung 370
a) Reichweite und Grenzen von Zustimmungsvorbehalten 370
b) Zulässige Gegenstände 376
4. Erteilung der Zustimmung 377
a) Zuständigkeit 378
b) Entscheidung über die Zustimmung 378
c) Zeitpunkt der Zustimmung 380
d) Reichweite der Zustimmung 381
e) Eilbedürftige Geschäfte 382
f) Generalzustimmung 383
g) Nicht zustimmungspflichtige Geschäfte 383
5. Versagung der Zustimmung 383
a) Wirkung der Versagung 383
b) Ersetzung der Zustimmung durch die Hauptversammlung 384
IV. Exkurs: Zustimmungsvorbehalte bei Related Party Transactions 384
1. Geschäfte mit nahestehenden Personen, § 111a Abs. 1 AktG 385
a) Geschäft 385
b) Nahestehende Person 386
c) Ausnahme für reguläre Geschäfte, § 111a Abs. 2 AktG 387
d) Ausnahmen im Konzern, § 111a Abs. 3 AktG 393
e) Schwellenwert 395
2. Rechtsfolgen 397
a) Zustimmungsvorbehalt, § 111b Abs. 1 AktG 397
b) Zustimmungsverfahren 397
c) Veröffentlichungspflicht, § 111c AktG 401
3. Bedeutung und Folgen für die Praxis 401
C. Personalkompetenz 402
I. Organstellung 418
1. Bestellung der Vorstandsmitglieder (§ 84 Abs. 1 AktG) 418
a) Rechtsnatur der Bestellung 419
b) Zwingende Zuständigkeit des Plenums 419
c) Vorbereitung der Entscheidung 420
d) Entschließungsfreiheit 426
e) Zusammensetzung des Vorstands 433
f) Persönliche Voraussetzungen 459
g) Beschlussfassung im Aufsichtsrat 483
h) Befristete und bedingte Bestellung 486
i) Begrenzung der Amtszeit 493
j) Ermessen 495
k) Zuweisung eines Geschäftsbereichs 495
l) Annahme der Bestellung 496
m) Publizität (Handelsregister, Geschäftsbriefe, Rechnungslegung) 497
n) Datenschutzrechtliche Vorgaben 497
o) Geltung der DCGK-Empfehlungen zur Vorstandsbesetzung in der börsennotierten KGaA 498
2. Wiederbestellung und Verlängerung der Amtszeit (§ 84 Abs. 1 S. 2 AktG) 499
a) Entscheidung über die Wiederbestellung 500
b) Verbot einer unzulässigen Vorabbindung des Aufsichtsrats 501
c) Einvernehmliche vorzeitige Aufhebung der Bestellung und Wiederbestellung 502

d) Aufschiebend bedingte oder befristete Wiederbestellung 504
e) Zuweisung eines Geschäftsbereichs, Geschäftsleitungsmandate und Nebentätigkeiten, Handelsregister 504
3. Automatische Verlängerung der Amtszeit (§ 84 Abs. 1 S. 4 AktG) ... 505
4. Fehlerhafte Bestellung und faktisch wie ein Vorstandsmitglied handelnde Personen 507
a) Lehre von der fehlerhaften Organstellung 507
b) Faktisch wie ein Vorstandsmitglied handelnde Personen 509
c) Fortsetzung der Tätigkeit eines wirksam bestellten Vorstandsmitglieds 510
5. Widerruf der Bestellung (§ 84 Abs. 4 AktG) 510
a) Wirkung des Widerrufs 510
b) Zwingende Zuständigkeit des Plenums 510
c) Ad-hoc-Publizitätspflicht 511
d) Wichtiger Grund 511
e) Kein Beurteilungsspielraum, aber Ermessen 531
f) Anhörung? 533
g) Benachteiligungsverbot des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) 533
h) Verwirkung 534
i) Entschließungsfreiheit 535
j) Beschlussfassung im Aufsichtsrat 535
k) Widerrufserklärung, Befristung, Bedingung 536
l) Zugang der Widerrufserklärung beim Vorstandsmitglied 537
m) Rechtsschutz des Vorstandsmitglieds 540
n) Umgang mit einem Schwebezustand 547
o) Publizität (Handelsregister, Geschäftsbriefe, Rechnungslegung) ... 548
6. Amtsniederlegung 549
a) Form, Inhalt 549
b) Befristung, Bedingung 549
c) Zugang 550
d) Wichtiger Grund als Wirksamkeitsvoraussetzung? 551
e) Unwirksamkeit bei Rechtsmissbrauch 552
f) Auswirkungen auf den Anstellungsvertrag 552
g) Auswirkungen auf andere Konzernmandate 554
h) Pflichten des Aufsichtsrats 555
i) Verpflichtung zur Amtsniederlegung? 555
7. Einvernehmliche Amtsbeendigung 556
a) Zulässigkeit 556
b) Verfahren 556
c) Entscheidung des Aufsichtsrats 557
8. Suspendierung 558
a) Einseitige Suspendierung 558
b) Einvernehmliche Suspendierung 561
c) Verfahren für die einseitige und die einvernehmliche Suspendierung 563
d) Zeitliche Grenzen einer zulässigen Suspendierung 563
e) Rechtsfolgen einer zulässigen Suspendierung 565
f) Entscheidung über die Suspendierung, Pflichten von Aufsichtsrat und Vorstand 568
g) Reaktionsmöglichkeiten des Vorstandsmitglieds bei einseitiger Suspendierung 569
h) Suspendierung der Ernennung zum Vorstandsvorsitzenden 569

9. Einvernehmliche Freistellung/Dienstbefreiung 570
a) Inhalt, Zulässigkeit und Voraussetzungen 570
b) Verfahren 571
c) Rechte und Pflichten des dienstbefreiten Vorstandsmitglieds 572
d) Pflichten von Aufsichtsrat und Vorstand 573
10. Einseitiges Recht der Vorstandsmitglieder auf zeitweisen Widerruf der Bestellung („Mandatspause"; § 84 Abs. 3 AktG) 573
a) Hintergrund und Zweck der Regelung 573
b) Anwendungsbereich 574
c) Voraussetzungen 575
d) Entscheidung des Aufsichtsrats über eine „Mandatspause" 579
e) Folgen der Mandatspause 582
f) Änderung der Verhältnisse und Bekanntwerden neuer Umstände . 587
g) Reaktionsmöglichkeiten des Vorstandsmitglieds bei Verweigerung einer Mandatspause 589
h) Weitere Pflichten des Aufsichtsrats 590
i) Pflichten des pausierenden Vorstandsmitglieds bei Wiedereintritt . 590
j) Verhältnis zu Amtsniederlegung, Widerruf der Bestellung, einvernehmlicher Amtsbeendigung, einvernehmlicher Suspendierung und einvernehmlicher Dienstbefreiung 591
11. „Teilzeit"; „Job Sharing" 592
12. Vorsitzender des Vorstands (§ 84 Abs. 2 AktG) 595
a) Keine zwingende Satzungsvorgabe 595
b) Verfahren 595
c) Dauer und Verlängerung der Ernennung, aufschiebende Bedingung und Befristung, automatische Verlängerung 596
d) Publizität (Handelsregister, Geschäftsbriefe und Rechnungslegung) 598
e) Aufgaben des Vorstandsvorsitzenden 598
f) Arbeitsdirektor als Vorstandsvorsitzender? 599
g) Zwei Vorstandsvorsitzende? 600
h) Beendigung der Ernennung 601
i) Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands 603
j) Vorstandssprecher 603
k) SE 605
13. Arbeitsdirektor 606
14. Stellvertreter von Vorstandsmitgliedern (§ 94 AktG) 606
a) Begriff, Hintergrund, Ermessen des Aufsichtsrats 606
b) Aufgaben und Befugnisse, Bestellung zum Arbeitsdirektor 607
c) „Hoch-„ und „Herabstufung" 608
d) Publizität (Handelsregister, Geschäftsbriefe, Rechnungslegung) ... 609
15. Aufsichtsratsmitglieder als Stellvertreter von Vorstandsmitgliedern (§ 105 Abs. 2 AktG) 609
a) Normzweck und Anwendungsbereich 609
b) Voraussetzungen 610
c) Wirkungen der Stellvertretung, Rechte und Pflichten des Stellvertreters 613
d) Rechte und Pflichten des vertretenen Vorstandsmitglieds 617
e) Rechtsfolgen bei Nicht-Vorliegen der Voraussetzungen für die Bestellung zum Stellvertreter 617
f) Entscheidung des Aufsichtsrats 617
g) Annahme, Beginn und Ende der Stellvertretung 619

h) Publizität (Handelsregister, Geschäftsbriefe, Rechnungslegung, Liste der Aufsichtsratsmitglieder) ... 621
i) Modifikationen oder Ausschluss der Möglichkeit, Aufsichtsratsmitglieder zum Stellvertreter zu bestellen? ... 622
16. Der erste Vorstand (§ 30 Abs. 4 AktG) ... 622
a) Bestellung ... 622
b) Annahme der Bestellung, Dauer der Amtszeit, Widerruf ... 624
c) Aufgaben und Verantwortlichkeit ... 624
d) Vergütung ... 625
17. Gerichtliche Bestellung von Vorstandsmitgliedern (§ 85 AktG) ... 626
a) Regelungszweck und Anwendungsbereich ... 626
b) Bestellungsvoraussetzungen ... 626
c) Verfahren ... 632
d) Besondere Vorstandsmitglieder ... 640
e) Organpflichten, Vertretungs- und Geschäftsführungsbefugnis ... 640
f) Amtsdauer, Befristung ... 642
g) Widerruf der Bestellung ... 643
h) Sonstige Beendigungsgründe ... 646
i) Weitere Bestellung bei fortbestehender Dringlichkeit ... 646
j) Kein Austausch ohne vorherige Aufhebung oder Beendigung der Bestellung ... 647
k) Auslagenersatz und Vergütung (§ 85 Abs. 3 AktG) ... 647
l) Rechtsmittel gegen die gerichtliche Entscheidung über einen Bestellungsantrag ... 648
18. Beschlussvorschläge an die Hauptversammlung zur Entlastung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder (§§ 120, 119 Abs. 1 Nr. 4 AktG) ... 650
a) Entlastungsentscheidung der Hauptversammlung ... 652
b) Kein Anspruch auf Entlastung ... 671
c) Mögliche Nichtigkeit oder Anfechtbarkeit der Entlastungsentscheidung ... 671
d) Informationspflichten ... 672
e) Inhaltliche Bindung der Hauptversammlung ... 681
f) Beschlussvorschlag des Aufsichtsrats für die Entlastungsentscheidung (§ 124 Abs. 3 S. 1 AktG) ... 688
g) Anträge von Aktionären (§§ 122, 126 AktG) ... 696
II. Anstellungsverhältnis ... 697
1. Begriff und Rechtsnatur ... 697
a) Anstellungsvertrag ... 697
b) Abgrenzung zur Bestellung zum Organmitglied ... 697
c) Vorstandsmitglieder als Arbeitnehmer? ... 698
d) Sozialversicherungsrechtliche Behandlung ... 705
2. Begründung des Anstellungsverhältnisses ... 708
a) Vertragsschluss und Zuständigkeit ... 708
b) Vertragsdauer ... 712
c) Schutz des Organmitglieds ... 714
d) Drittanstellung/Drittvergütung ... 717
e) Mängel bei Vertragsschluss und deren Rechtsfolgen ... 722
f) Auswirkung auf ein bereits bestehendes Arbeitsverhältnis ... 724
3. Vergütung ... 727
a) Allgemeine Vorschriften ... 727
b) Gesetzliche Vorgaben zur Vorstandsvergütung ... 730
c) Vorstandsvergütungssystem ... 748

d) Sonstige Vorgaben zur Vorstandsvergütung 758
e) Gestaltungsmöglichkeiten 784
f) Vergütung durch Dritte 804
g) Offenlegung der Vorstandsvergütungen 804
4. Wettbewerbs- und Nebentätigkeitsverbote 816
a) Die gesetzlichen Wettbewerbsverbote, § 88 AktG 816
b) Wettbewerbsverbote zwischen Abberufung und Ende des Anstellungsvertrags 826
c) Nachvertragliche Wettbewerbsverbote 828
d) Nebentätigkeitsverbote 837
5. Sonstige Rechte und Pflichten 839
a) Auslagen- und Kostenersatz 839
b) Urlaub 842
c) Sabbatical 843
d) Teilzeit 845
e) Job Sharing 846
f) Anspruch auf Zeugniserteilung 847
g) Treuepflicht 848
h) Verschwiegenheitspflicht 850
i) Pflicht zur Weiterarbeit unterhalb der Vorstandsebene 850
j) Vergütung nach Amtsniederlegung 851
k) Freistellungsklauseln 851
6. Beendigung des Anstellungsverhältnisses 852
a) Verhältnis zum Widerruf der Bestellung 852
b) Die Auswirkungen des § 84 Abs. 3 AktG auf Anstellungsverträge von Vorstandsmitgliedern 853
c) Beendigungsgründe 854
d) Abfindung 871
e) Übergangsgeld 872
f) Auskunfts- und Herausgabepflichten 873
g) Ruhegehalt und Ruhegehaltszusage 876
III. Exkurs: Votum der Hauptversammlung zum Vorstandsvergütungssystem und zum Vergütungsbericht (§ 120a AktG) 887
1. Votum zum Vorstandsvergütungssystem (§ 120a Abs. 1 bis 3 AktG, § 119 Abs. 1 Nr. 3 AktG) 888
a) Zwingende regelmäßige Vorlage des Vorstandsvergütungssystems 888
b) Entscheidung der Hauptversammlung 896
c) Lediglich empfehlender Charakter der Entscheidung der Hauptversammlung 899
d) Rechtsfolgen einer Billigung durch die Hauptversammlung 901
e) Rechtsfolgen einer Ablehnung durch die Hauptversammlung 902
f) Auswahlermessen des Aufsichtsrats bei mehreren der Hauptversammlung vorgelegten Vorstandsvergütungssystemen ... 905
g) Rechtsmittel gegen das Votum der Hauptversammlung? 906
h) Veröffentlichung des Votums der Hauptversammlung (§ 120a Abs. 2 AktG) 908
2. Herabsetzung der Maximalvergütung 910
a) Entscheidung der Hauptversammlung 910
b) Verhältnis zwischen der Billigung des Vorstandsvergütungssystems und der Herabsetzung der Maximalvergütung 913
c) Wirkungen einer Herabsetzung 914
d) Grenzen der Herabsetzung 916
e) Laufende Anstellungsverträge bleiben unberührt 917

f) Aufnahme von Änderungsvorbehalten in Neuverträge? 918
g) Verstöße des Aufsichtsrats gegen die herabgesetzte Maximalvergütung 918
h) Anfechtung eines Herabsetzungsbeschlusses 918
i) Anfechtung der Ablehnung einer Herabsetzung? 920
3. Votum zum Vergütungsbericht (§ 120a Abs. 4 AktG, § 119 Abs. 1 Nr. 3 AktG) 921
a) Erstellung, Prüfung und Vorlage des Vergütungsberichts 921
b) Entscheidung der Hauptversammlung über die Billigung 924
c) Lediglich empfehlender Charakter der Entscheidung der Hauptversammlung 925
d) Rechtsmittel gegen das Votum der Hauptversammlung? 926
e) Erleichterung für kleine und mittelgroße Gesellschaften – bloße Erörterung des Vergütungsberichts (§ 120a Abs. 5 AktG) 926
f) Veröffentlichung des Vergütungsberichts und des Votums zum Vergütungsbericht, handelsrechtliche Offenlegung der Vergütung 927
4. Nicht börsennotierte Gesellschaften 929
5. Börsennotierte KGaA 930
a) Vorstandsvergütungssystem 930
b) Vergütungsbericht 933
IV. D934
1. Entscheidungskompetenz für Abschluss der D934
2. Vertretungsbefugnis im Außenverhältnis zum Versicherer 937
3. Pflicht zum Abschluss einer D937
a) Aufgrund ausdrücklicher Regelung im Dienstvertrag 937
b) Aus Fürsorgepflicht oder Treuepflicht gegenüber Organmitgliedern 938
c) Pflicht zum D939
4. Verpflichtung zu fortbestehendem D940
a) Verhältnis zur Nachmeldung 940
b) Versicherungsschutz im Insolvenzfall der Versicherungsnehmerin . 941
c) Inhaltliche Änderungen des D943
d) Vertragliche Absicherung 943
5. Berücksichtigung von D944
a) Erfolgsaussichten hinsichtlich der D944
b) Entgegenstehende Gründe 949
6. Geltendmachung und Sicherung der Deckungsansprüche 951
a) Gefahr der Verschlechterung der Rechtsposition gegenüber dem D951
b) Umstandsmeldung 951
c) Deckungsklage gegen D952
d) Direktklagen gegen D954
e) Prozessuale und prozesstaktische Aspekte einer Direktklage 958
f) Zustimmungserfordernisse und rechtliche Risiken hinsichtlich der Wirksamkeit 959
V. Geschäftsordnung für den Vorstand (§ 77 Abs. 2 AktG) 961
1. Zuständigkeit 961
a) Unentziehbare Primärzuständigkeit des Aufsichtsrats und Subsidiärzuständigkeit des Vorstands 962
b) Regelung von „Einzelfragen der Geschäftsordnung“ durch die Satzung 963
c) Rechtsfolgen bei fehlender Erlasskompetenz 964

2. Pflicht zum Erlass einer Geschäftsordnung? 966
3. Verfahren 967
a) Erlass durch den Vorstand 967
b) Erlass durch den Aufsichtsrat 968
4. Formerfordernis 968
a) Erlass durch den Vorstand 968
b) Erlass durch den Aufsichtsrat 969
5. Vorgaben an den Regelungsumfang, Rahmen-Geschäftsordnung 969
6. Geltungsdauer 971
a) Inkrafttreten der Geschäftsordnung 971
b) Rückwirkung von Geschäftsordnungsregelungen? 971
c) Außerkrafttreten der Geschäftsordnung 971
d) Auswirkungen personeller Veränderungen 972
7. Bindungswirkung 972
a) Allgemeine Bestimmungen 972
b) Personen- und objektbezogene Bestimmungen 973
c) Persönliche Verhaltenspflichten der Vorstandsmitglieder 973
8. Geschäftsverteilung 974
a) Grenzen der Geschäftsverteilung 974
b) Verantwortlichkeit und Haftung der Vorstandsmitglieder 981
c) Voraussetzungen einer wirksamen Geschäftsverteilung 983
d) Bezeichnung der Geschäftsbereiche 985
e) Geschäftsverteilungsplan 986
f) Gestaltungsformen der Geschäftsverteilung und Entscheidung des Aufsichtsrats 986
g) Änderung der Geschäftsverteilung 987
h) Rechtsfolgen bei Verstößen gegen gesellschaftsrechtliche oder anstellungsvertragliche Vorgaben 989
9. Mögliche weitere Regelungsgegenstände 990
a) Geschäftsführungsbefugnis, Zuständigkeit des Gesamtvorstands 991
b) Vertretungsbefugnis 993
c) Vorstandssitzungen 993
d) Beschlussfähigkeit 994
e) Beschlussteilnahme abwesender Vorstandsmitglieder 995
f) Mehrheitserfordernisse 996
g) Form der Beschlussfassung 998
h) Vorstandsvorsitzender, „Vorstandssprecher“ 998
i) Stichentscheid 998
j) Vetorecht 1000
k) Vorstandsausschüsse 1002
l) Berichte des Vorstands (§ 90 AktG) 1002
m) Umsetzung von Vorgaben des DCGK 1002
n) „Programmsätze“, Wiedergabe und Konkretisierung gesetzlicher Pflichten 1003
o) Zustimmungsvorbehalte zugunsten des Aufsichtsrats 1003
10. Auslegung der Geschäftsordnung 1003
11. Änderung und Durchbrechung der Geschäftsordnung 1004
a) Änderung und Durchbrechung durch den Vorstand 1004
b) Änderung durch den Aufsichtsrat 1005
12. Verstöße gegen die Geschäftsordnung 1005
13. Offenlegung der Geschäftsordnung 1006

VI. Abschlussprüfer ... 1006
1. Einleitung: Funktion des Abschlussprüfers, zwingende und freiwillige Prüfungen ... 1006
a) Jahresabschluss, Lagebericht, Konzernabschluss, Konzernlagebericht ... 1007
b) Halbjahresfinanzberichte, unterjährige Finanzinformationen ... 1008
c) Berichterstattung zur Corporate Social Responsibility ... 1009
d) Vergütungsbericht ... 1010
2. Verfahrensablauf zur Bestellung und Beauftragung des Abschlussprüfers ... 1010
3. Auswahl des Abschlussprüfers ... 1010
a) Zuständigkeit des Prüfungsausschusses ... 1010
b) Geeignete Abschlussprüferkandidaten ... 1010
4. Bei der Auswahl zu berücksichtigende Besonderheiten für Unternehmen von öffentlichem Interesse (PIEs) ... 1015
a) PIE ... 1015
b) Einschränkung von Nichtprüfungsleistungen (Art. 5 Abschlussprüfer-VO) ... 1015
c) Auswahl des Abschlussprüfers des PIEs ... 1019
d) Zeitliche Grenzen der Bestellung desselben Abschlussprüfers bei PIEs(Zwang zur externen Rotation) ... 1022
e) Interne Rotation ... 1023
5. Vorschlag des Prüfungsausschusses ... 1024
6. Wahlvorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung ... 1024
7. Beauftragung des Abschlussprüfers ... 1025
8. Haftung des Abschlussprüfers, Abberufung ... 1026
D. Vertretungskompetenz ... 1027
I. Reichweite des § 112 AktG ... 1029
1. Einleitung ... 1029
a) Inhalt und Zweck ... 1029
b) Normcharakter ... 1029
c) Umfang ... 1030
d) Konkurrenz zu anderen Vorschriften ... 1030
2. Anwendungsbereich ... 1032
a) Persönlicher Anwendungsbereich ... 1032
b) Sachlicher Anwendungsbereich ... 1041
c) Wissenszurechnung ... 1043
3. Ausübung der Vertretungsmacht ... 1045
a) Willensbildung ... 1045
b) Willensäußerung ... 1046
c) Nachweis ... 1048
4. Mängel der Vertretungsmacht ... 1049
a) Prozessuale Folgen ... 1049
b) Materiell-rechtliche Folgen ... 1050
II. Anspruchsverfolgung gegenüber Vorstandsmitgliedern ... 1051
1. Kompetenz des AR in Abgrenzung zu HV und Vorstand ... 1051
a) § 93 Abs. 4 AktG ... 1052
b) §§ 147, 148 AktG ... 1055
c) Initiativrecht der Hauptversammlung zur Herbeiführung eines Vergleichs/Verzichts analog § 83 AktG? ... 1057
d) Besonderer Vertreter ... 1059
e) Vertretungskompetenz gegenüber aktiven und ehemaligen Vorstandsmitgliedern ... 1059

f) Witwen und Waisen 1060
g) Fehlerhafte Bestellung und Haftung 1060
2. Objektiver Pflichtverstoß 1060
a) Sorgfalts- und Treuepflicht 1061
b) Tun oder Unterlassen 1062
c) Organisation, Ressortprinzip, Delegation und Überwachung 1063
d) Compliance-System 1065
e) Konsensprinzip und Mehrheitsbeschlüsse, Folgen für Haftung 1066
f) Beobachtungs- und Prüfungspflicht, insbes. Legalitätspflicht und „Business Judgment Rule“ 1067
g) Kapitalschutz 1071
h) Massesicherungs- und Insolvenzantragspflicht 1072
i) Transparente Information im Vorstand und gegenüber dem Aufsichtsrat 1074
j) Kompetenzverstoß 1075
3. Verschulden 1075
a) Maßstäbe, auch wg D1076
b) Haftungsreduzierung? 1077
c) Tatsachen- und Rechtsirrtum 1078
d) Einholung von (Rechts)Rat (ISION) 1078
4. Schaden 1080
a) Vermögensschaden 1080
b) Bußgeld als Schaden 1080
c) Schmiergeldzahlungen 1082
d) Soziale Aufwendungen 1083
e) Schädigung einer Tochtergesellschaft 1083
f) Vorteilsausgleich 1084
5. Kausalität 1085
a) Ursachenzusammenhang 1085
b) Rechtmäßiges Alternativverhalten 1085
c) Kollegialentscheidungen 1086
d) Kompetenzverstoß und Kausalität 1086
6. Darlegungs- und Beweislast 1086
a) Grundsatz 1086
b) Auch bei Witwen und Waisen und Rechtsnachfolge? 1087
c) Dokumenten-Zugang für Vorstandsmitglied bei Inanspruchnahme 1088
7. ARAG/Garmenbeck-Doktrin 1088
8. Gesamtschuld 1092
a) Grundlagen 1092
b) Innenausgleich 1093
c) „Kreiselregress“ 1093
9. Verjährung 1094
a) Beginn 1095
b) Hemmung der Verjährung – andere Sicherungsmaßnahmen 1096
c) Verjähren lassen? 1097
10. Verzicht und Vergleich (§ 93 Abs. 4 S. 3 AktG) 1097
11. Andere Anspruchsgrundlagen als § 93 AktG 1100
E. Mitwirkungskompetenz 1101
I. Entsprechenserklärung und DCGK 1103
1. Entsprechenserklärung, § 161 AktG 1103
a) Allgemeines 1103
b) Beschlusskompetenz 1104

c) Beschlussfassung ... 1105
d) Erklärungsinhalt ... 1107
2. Folgen fehlerhafter Beschlüsse ... 1109
a) Gründe für die Fehlerhaftigkeit ... 1109
b) Anfechtbarkeit von Beschlüssen ... 1109
c) Haftung ... 1111
d) Ordnungswidrigkeiten und Strafbarkeitsrisiken ... 1113
3. DCGK ... 1114
a) Zweck und Ziel ... 1114
b) Rechtsnatur ... 1114
c) Inhalt ... 1115
d) Erhöhte Anforderungen durch Novellen ... 1116
e) Bedeutung für Zugehörigkeit zu DAX-Indizes ... 1117
II. Anmeldungen durch den Aufsichtsrat ... 1118
1. Keine originären Anmeldepflichten ... 1118
2. Mitwirkungspflichten ... 1118
a) Kapitalerhöhungen ... 1118
b) Kapitalherabsetzungen ... 1119
3. Rechtsfolgen bei Verstößen ... 1120
III. Aufgaben, sonstige besondere Aufgaben, Hauptversammlungsleitung ... 1120
1. Erfordernis und Bestimmung des Versammlungsleiters ... 1120
2. Abwahl des Versammlungsleiters, Niederlegung des Amtes ... 1122
a) Durch die Hauptversammlung gewählter Versammlungsleiter ... 1122
b) Durch die Geschäftsordnung bestimmter Versammlungsleiter ... 1122
c) Satzungsmäßig bestimmter Versammlungsleiter ... 1122
d) Gerichtlich bestimmter Versammlungsleiter ... 1124
e) Abstimmung über die Abwahl ... 1124
f) Niederlegung der Versammlungsleitung ... 1125
3. Die Aufgaben und Kompetenzen des Versammlungsleiters sowie die von ihm bei deren Wahrnehmung zu beachtenden Grundsätze ... 1125
4. Aufgaben vor der Hauptversammlung ... 1126
5. Aufgaben in und Ablauf der Hauptversammlung sowie deren Abbildung im Leitfaden (Überblick) ... 1127
a) Typischer Ablauf der Hauptversammlung ... 1127
b) Bestimmung und Einhaltung des Zeitrahmens ... 1128
c) Teilnehmerverzeichnis ... 1129
d) Unterbrechung der Hauptversammlung ... 1129
6. Besondere Aufgaben in der (General-)Debatte ... 1130
a) Bestimmung der Reihenfolge der Behandlung der Tagesordnungspunkte und der Redner in der Debatte ... 1130
b) Maßnahmen zur Beschleunigung der Debatte ... 1131
c) Umgang mit Anträgen von Aktionären ... 1133
7. Aufgaben im Zusammenhang mit der Abstimmung und der Ergebnisverkündung mit Beschlussfeststellung ... 1135
a) Festlegung der vorzunehmenden Abstimmungen ... 1135
b) Abstimmungsverfahren ... 1136
c) Abstimmungsreihenfolge ... 1137
d) Ergebnisermittlung ... 1138
e) Ergebnisverkündung, Beschlussfeststellung ... 1139
8. Schließung der Hauptversammlung ... 1139
9. Ordnungsmaßnahmen ... 1140
10. Mögliche Aufgaben des Versammlungsleiters nach der Hauptversammlung (Unterzeichnung der Niederschrift) ... 1141

11. Haftung des Versammlungsleiters 1141
12. Besondere Aufgaben des Versammlungsleiters in der virtuellen Hauptversammlung nach dem Gesetz zur Einführung virtueller Hauptversammlungen von Aktiengesellschaften 1142
a) Dauerhafte Ermöglichung virtueller Hauptversammlungen 1142
b) Zahlreiche Besonderheiten der virtuellen Hauptversammlung 1142
c) Teilnahme des Versammlungsleiters 1142
d) Besondere Aufgaben des Versammlungsleiters 1143
e) Besondere Kompetenzen des Versammlungsleiters 1143
IV. Mitwirkung des Aufsichtsrats an gerichtlichen Verfahren 1145
1. Verfahren über Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen und damit zusammenhängende Freigabeverfahren 1145
2. Verfahren über die Bestellung oder Auswechslung eines Sonderprüfers 1147
3. Verfahren durch oder gegen vom Aufsichtsrat eingeschaltete (Hilfs-) Personen und über entsprechende Hilfsgeschäfte 1147
V. Mitwirkung an Kapitalerhöhungen aus genehmigtem Kapital 1148
1. Zustimmung über das „Ob" der Kapitalerhöhung 1148
2. Zustimmung über das „Wie" der Kapitalerhöhung 1148
VI. Mitwirkung an Satzungsänderungen 1150
VII. Gespräche mit Investoren 1152
1. Rechtlicher Rahmen 1152
a) Aktienrechtliche Kompetenzordnung 1153
b) Zulässige Gesprächsinhalte 1154
c) Insiderrecht 1155
d) Verschwiegenheitspflicht 1155
e) Gleichbehandlungsgrundsatz 1156
f) Nachinformationsanspruch nach § 131 Abs. 4 AktG 1157
2. Einbindung des Vorstands 1158
3. Unterrichtung des Aufsichtsrats 1158
F. Sonderprüfer 1159
I. Allgemeines 1160
1. Überblick 1160
2. Prüfungsgegenstand 1161
3. Abgrenzung von anderen Prüfungen 1163
a) Informelle „Sonderprüfung" 1163
b) Insolvenzverwaltung 1164
c) Besonderer Vertreter 1164
d) Abschlussprüfung 1165
II. Bestellung des Sonderprüfers 1165
1. Bestellung durch Hauptversammlungsbeschluss, § 142 Abs. 1 AktG . 1165
a) Ankündigung in der Tagesordnung und Beschlussvorschlag 1166
b) Antrag und Beschlussfassung 1167
c) Stimmverbote 1167
d) Beschlussinhalt 1171
e) Rechtsfolgen fehlerhafter Beschlüsse 1172
2. Gerichtliche Bestellung auf Antrag einer Minderheit, § 142 Abs. 2 AktG 1173
a) Formelle Voraussetzungen 1174
b) Materielle Voraussetzungen 1174
c) Verfahren und Entscheidung des Gerichts 1182
3. Gerichtliche Bestellung eines anderen Sonderprüfers, § 142 Abs. 4 AktG 1183
a) Formelle Voraussetzungen 1184

b) Materielle Voraussetzungen ... 1185
c) Verfahren und Entscheidung des Gerichts ... 1185
4. Neubestellung bei nachträglichem Wegfall des Sonderprüfers ... 1186
a) Von der Hauptversammlung bestellter Sonderprüfer ... 1186
b) Vom Gericht bestellter Sonderprüfer ... 1188
5. Widerruf der Bestellung ... 1189
a) Von der Hauptversammlung bestellter Sonderprüfer ... 1189
b) Vom Gericht bestellter Sonderprüfer ... 1190
III. Stellung des Sonderprüfers ... 1191
1. Rechtsstellung ... 1191
2. Person des Sonderprüfers, § 143 AktG ... 1191
a) Eignung als Sonderprüfer, § 143 Abs. 1 AktG ... 1191
b) Rechtsfolgen bei Verstößen gegen § 143 Abs. 1 AktG ... 1192
c) Bestellungsverbote, § 143 Abs. 2 AktG ... 1193
d) Rechtsfolgen bei Verstößen gegen § 143 Abs. 2 AktG ... 1193
3. Verantwortlichkeit des Sonderprüfers, § 144 AktG ... 1196
4. Vergütung des Sonderprüfers ... 1196
IV. Durchführung der Sonderprüfung ... 1198
1. Rechte des Sonderprüfers ... 1198
a) Einsichts- und Prüfungsrecht, § 145 Abs. 1 AktG ... 1198
b) Auskunftsrecht, § 145 Abs. 2 AktG ... 1199
2. Durchsetzung der Prüferrechte ... 1202
a) Klage ... 1202
b) Zwangsgeld ... 1203
c) Schadensersatz ... 1203
3. Sonderprüfungsbericht ... 1203
a) Berichtsinhalt ... 1203
b) Pflichten des Vorstands ... 1204
V. Kosten ... 1205
1. Kostentragung der Gesellschaft im Außenverhältnis ... 1205
a) Kosten der Sonderprüfung ... 1205
b) Verfahrenskosten ... 1205
2. Ersatzansprüche der Gesellschaft im Innenverhältnis ... 1206
G. Besonderer Vertreter (§ 147 AktG) ... 1206
I. Grundlagen ... 1207
1. Ersatzansprüche der Gesellschaft ... 1207
2. Geltendmachungsbeschluss ... 1209
3. Pflicht zur Geltendmachung ... 1211
II. Bestellung eines besonderen Vertreters ... 1212
1. Person des besonderen Vertreters ... 1212
2. Bestellung durch Hauptversammlung ... 1212
3. Gerichtliche Bestellung ... 1213
a) Voraussetzungen ... 1213
b) Verfahren ... 1214
c) Entscheidung ... 1214
d) Beschwerde ... 1215
III. Rechtsstellung des besonderen Vertreters ... 1215
1. Organstellung ... 1215
2. Vertragsverhältnis ... 1216
3. Aufgaben ... 1217
a) Ermittlung des Sachverhalts ... 1217
b) Prüfung der Ersatzansprüche ... 1218
c) Durchsetzung ... 1218

d) Anspruchsabwehr ... 1219
e) Keine Befugnis zur Erhebung von Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen ... 1219
4. Rechte ... 1220
a) Ermittlungsbefugnisse: Auskunfts- und Einsichtsrecht ... 1220
b) Vertretungsbefugnis ... 1222
c) Teilnahme an Hauptversammlung ... 1223
d) Vergütung und Ersatz von Auslagen ... 1223
5. Pflichten ... 1226
a) Sorgfaltspflichten ... 1226
b) Treuepflichten ... 1226
c) Berichts- und Auskunftspflichten ... 1227
d) (Keine) Weisungsabhängigkeit ... 1228
e) Haftung ... 1228
6. Beendigung der Bestellung ... 1229
a) Niederlegung ... 1229
b) Abberufung durch die Hauptversammlung ... 1229
c) Abberufung durch das Gericht ... 1230
d) Automatische Beendigungsgründe ... 1231
e) Gleichzeitige Beendigung des Geschäftsbesorgungsverhältnisses ... 1231
f) Beendigung der fehlerhaften Bestellung ... 1232
H. Externes Monitorship ... 1233
I. Vorbemerkung ... 1234
II. US-Monitorship ... 1234
1. Rechtlicher Rahmen ... 1235
2. Vergleiche mit US-Behörden ... 1237
a) Strafrechtlicher Vergleich ... 1237
b) Zivilrechtlicher Vergleich ... 1239
c) Vereinbarung eines US-Monitorship im Vergleich ... 1239
3. Abgrenzung zum Auditor ... 1239
4. Auswahl des Monitors ... 1240
a) Anforderungsprofil ... 1240
b) Auswahlverfahren ... 1240
5. Beziehung zwischen Monitor und Unternehmen ... 1242
a) Ziele des Monitorship ... 1243
b) Befugnisse des Monitors ... 1243
c) Vertraulichkeit der Monitor-Berichte ... 1245
d) Pflichten des Unternehmens ... 1245
6. Möglicher Ablauf eines US-Monitorship ... 1247
a) Laufzeit ... 1247
b) Phasen ... 1248
c) Arbeitsweise eines Monitors ... 1249
7. Folgen bei Erfolg und Scheitern des Monitorship ... 1251
III. US-Monitorship in der deutschen Aktiengesellschaft ... 1252
1. Stellung des Monitors im gesellschaftsrechtlichen Gefüge der AG ... 1252
a) Verhältnis zu Vorstand und Aufsichtsrat ... 1253
b) Abgrenzung zum aktienrechtlichen Sonderprüfer, besonderen Vertreter sowie aufsichtsrechtlichen Sonderbeauftragten ... 1253
c) Rolle des Aufsichtsrats ... 1254
d) Haftung ... 1255
2. Aufbau einer Monitorship-Struktur ... 1255

3. Konfliktpotenzial ... 1256
a) Betriebliche Spannungsfelder ... 1256
b) Umsetzung der Monitor-Empfehlungen ... 1257
IV. Exkurs: Der Entwurf eines Verbandssanktionengesetzes und freiwillige Monitorships ... 1261

§ 5 Pflichten und Sanktionen

I. Kapitalmarktrechtliche Pflichten des Aufsichtsrats ... 1264
1. Sorgfalts- und Verhaltenspflichten des Aufsichtsrats ... 1265
a) Die kapitalmarktrechtliche Primärverantwortung des Vorstands ... 1265
b) Kapitalmarktrechtliche Überwachung des Vorstands durch den Aufsichtsrat ... 1267
c) Einbindung des Aufsichtsrats in insiderrelevante Sachverhalte ... 1267
d) Eigene Organisationspflichten im Rahmen des Kapitalmarkt-Compliance-Systems ... 1293
2. Persönliche Sorgfalts- und Verhaltenspflichten der Aufsichtsratsmitglieder ... 1294
a) Beachtung der Insiderverbote ... 1294
b) Verhaltenspflichten bei Managers' Transactions ... 1297
3. Ausblick – EU Listing Act ... 1302
II. Entlastungsverweigerung ... 1303
1. Entscheidung der Hauptversammlung über die Entlastung ... 1303
2. Beschlussvorschlag des Aufsichtsrats ... 1305
III. Abberufung ... 1307
IV. Haftung der Aufsichtsratsmitglieder ... 1307
1. Grundlagen (§ 116 AktG) ... 1307
a) Verweisung auf § 93 AktG ... 1308
b) Andere Aufgaben und Stellung („sinngemäß") ... 1309
c) Vertretungskompetenz ... 1310
2. Pflichtverstoß ... 1311
a) Generelle Überwachung ... 1311
b) Überwachung in konkreter Situation ... 1312
c) Objektiver Pflichtverstoß ... 1313
d) Verschulden ... 1314
3. Schaden, Kausalität, Darlegungs- und Beweislast, Gesamtschuld, Verjährung, Verzicht und Vergleich ... 1314
4. Geltendmachung von Regressansprüchen gegen den Aufsichtsrat ... 1315
5. Andere Anspruchsgrundlagen ... 1315

§ 6 Vergütung und Auslagenersatz für Aufsichtsratsmitglieder sowie Verträge mit Aufsichtsratsmitgliedern

I. Vergütung (§ 113 AktG) ... 1320
1. Rechtsgrundlage des Vergütungsanspruchs, ausschließliche Zuständigkeit der Hauptversammlung (§ 113 Abs. 1 AktG) ... 1320
a) Zwecke der ausschließlichen Hauptversammlungszuständigkeit ... 1320
b) Kein vertragliches Anstellungsverhältnis ... 1321
c) Drittvergütung? ... 1322
d) Vergütungsentscheidung der Hauptversammlung ... 1324
e) Formale Vorgaben für die Vergütungsfestsetzung durch die Hauptversammlung ... 1325
f) KGaA; SE ... 1325

2. Arten der Vergütung 1326
a) Feste und variable (erfolgsorientierte) Vergütung 1326
b) Sachleistungen 1329
c) Sitzungsgeld 1329
d) D1332
e) Sondervergütungen 1334
3. Angemessenheit der Vergütung (§ 113 Abs. 1 S. 3 AktG) 1334
a) Maßstab 1334
b) Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage 1335
c) Registergerichtliche Prüfung 1336
d) Zahlungsanspruch der Aufsichtsratsmitglieder 1337
4. Gleichbehandlung 1337
5. Regelmäßiger Beschluss über die Vergütung und das Vergütungssystem für den Aufsichtsrat börsennotierter Gesellschaften (§ 113 Abs. 3 AktG, § 119 Abs. 1 Nr. 3 AktG) 1338
a) Einheitlicher Beschluss über die Vergütung und das Vergütungssystem 1339
b) Teilausschluss der Anfechtbarkeit 1345
c) Veröffentlichung 1346
d) Vergütungsbericht (§ 162 AktG) 1347
e) Übergangsrecht 1347
f) Börsennotierte KGaA 1347
g) Börsennotierte SE 1348
h) Unanwendbarkeit der Regelungen für Related Party Transactions 1348
i) Nicht börsennotierte Gesellschaften 1349
6. Entstehung und Fälligkeit der Vergütung 1349
7. Einreden und Einwendungen 1350
a) Untätigkeit 1350
b) Zurückbehaltungsrecht 1351
c) Verjährung 1351
8. Verfügungen über den Vergütungsanspruch – insbes. Verzicht und Abführung an Dritte 1351
9. Änderung der Vergütung 1352
a) Änderungen für die Zukunft 1352
b) Rückwirkende Erhöhung der Vergütung 1353
c) Rückwirkende Herabsetzung der Vergütung 1354
10. Vergütungsanspruch bei unterjährigem Eintritt und (vorübergehendem) Ausscheiden 1356
11. Erster Aufsichtsrat (§ 113 Abs. 2 AktG) 1356
12. Insolvenz, Abwicklung, Umwandlung, Gewinnabführungsvertrag, Beherrschungsvertrag 1357
13. Vergütung für Ehrenmitglieder und Ehrenvorsitzende 1359
14. Folgen unzulässiger Vergütung 1360
a) Haftung des empfangenden Aufsichtsratsmitglieds 1360
b) Haftung von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern wegen Mitwirkung an einer unzulässigen Vergütung 1361
c) Vergütungsbeschluss der Hauptversammlung als „nachteilige Veranlassung“ im faktischen Konzern? 1362
15. Steuerrechtliche Gesichtspunkte 1363
a) Einkommensteuer 1363
b) Umsatzsteuer 1363
16. Sozialversicherungsrechtliche Gesichtspunkte 1367

II. Auslagenersatz ... 1368
1. Rechtsgrundlage ... 1368
2. Art und Angemessenheit der Auslagen ... 1369
a) Maßstab für die Beurteilung der Angemessenheit der Auslagen ... 1369
b) Erstattungsfähige Auslagen ... 1370
c) Insbesondere: Auslagenersatz im Zusammenhang mit dienstlichen Terminen ... 1372
d) Einsichts- und Prüfungsrechte, Antrags- und Klagebefugnisse, Passivprozesse und -verfahren, Geldauflagen, Geldbußen, Geldstrafen ... 1378
e) Aus- und Fortbildung, Amtseinführung („Onboarding"), Berater einzelner Aufsichtsratsmitglieder ... 1380
f) Einkommenseinbußen und Ertragsausfall ... 1382
3. Büro des Aufsichtsrats oder des Aufsichtsratsvorsitzenden, Mitarbeiter, Dienstwagen ... 1383
a) Grundsatz ... 1383
b) Private Mitnutzung? ... 1385
4. Nachweis der Auslagen ... 1386
5. Vorschuss und Freistellung ... 1386
6. Auslagenersatz für künftige und ehemalige Aufsichtsratsmitglieder sowie Ehrenmitglieder und Ehrenvorsitzende ... 1387
7. Entscheidung über die Angemessenheit der Auslagen ... 1388
a) Meinungsstand ... 1388
b) Stellungnahme ... 1389
c) Vorgaben für die Beurteilung der Angemessenheit ... 1391
8. Rechtsstreit über die Erstattung von Auslagen ... 1392
9. Folgen bei unzulässiger Gewährung von Auslagenersatz ... 1392
a) Haftung des empfangenden Aufsichtsratsmitglieds ... 1392
b) Haftung von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern wegen Mitwirkung an einer unzulässigen Gewährung von Auslagen ... 1393
10. Budgetrecht des Aufsichtsrats? ... 1394
a) Meinungsstand ... 1394
b) Stellungnahme ... 1395
III. Geschenke an Aufsichtsratsmitglieder ... 1396
1. Darf die Gesellschaft Aufsichtsratsmitgliedern Geschenke zuwenden? 1396
2. Wer entscheidet über Geschenke an Aufsichtsratsmitglieder? ... 1397
IV. Verträge mit Aufsichtsratsmitgliedern ... 1399
1. Keine Verträge über bereits aufgrund des Aufsichtsratsmandats geschuldete Tätigkeiten ... 1399
a) Abgrenzung nach Art der Tätigkeit ... 1400
b) Insbesondere: Beratung des Vorstands ... 1401
c) Tagesgeschäft ... 1402
d) Beratung des Aufsichtsrats? ... 1403
e) Rechtsfolgen ... 1403
f) Empfehlung ... 1403
2. Zustimmungsvorbehalt zu Dienst- und Werkverträgen über Tätigkeiten höherer Art (§ 114 AktG) ... 1404
a) Reichweite des Zustimmungsvorbehalts ... 1404
b) Zustimmungsentscheidung des Aufsichtsrats ... 1410
c) Offenlegung ... 1414
d) Rechtsfolgen im Fall eines Verstoßes gegen § 114 AktG ... 1415
e) Weitere mögliche Rechtsfolgen im Zusammenhang mit Verträgen iSd § 114 AktG ... 1418

3. Zustimmungsvorbehalt zur Kreditgewährung an Aufsichtsratsmitglieder (§ 115 AktG) 1419
a) Inhalt und Normzweck 1419
b) Erfasste Kredite 1420
c) Einwilligungsentscheidung des Aufsichtsrats 1421
d) Offenlegung 1422
e) Rechtsfolgen bei fehlender Einwilligung 1423
f) Weitere mögliche Rechtsfolgen im Zusammenhang mit der Kreditgewährung an Aufsichtsratsmitglieder 1423
g) Kredite an Aufsichtsratsmitglieder von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten 1426

§ 7 Mitbestimmter Aufsichtsrat

I. Einleitung 1431
1. Funktion der Unternehmensmitbestimmung 1431
2. Historie der Unternehmensmitbestimmung 1431
3. Grundsätze 1432
a) Monistisches System und dualistisches System 1432
b) Arbeitnehmerbeteiligung an der Unternehmensmitbestimmung 1433
c) Corporate Governance 1433
4. Mitbestimmung im Konzern 1433
II. Mitbestimmungsgesetz 1434
1. Grundlagen 1434
2. Anwendungsbereich 1435
a) Erfasste Unternehmen 1435
b) Ausnahmen 1445
3. Besonderheiten bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats 1446
a) Bildungszwang 1446
b) Größe und Zusammensetzung des Aufsichtsrats 1446
4. Besonderheiten bei der Wahl des Aufsichtsrats sowie der Beendigung des Mandats 1450
a) Anteilseignervertreter 1450
b) Arbeitnehmervertreter 1450
c) Beendigung des Mandats 1456
5. Besonderheiten bei der Aufsichtsratstätigkeit 1459
a) Grundsatz 1459
b) Herausgehobene Stellung des Aufsichtsratsvorsitzenden (und seines Stellvertreters), § 27 MitbestG 1460
c) Beschlussfassung im mitbestimmten Aufsichtsrat 1464
d) Bestellung und Widerruf der Bestellung der Mitglieder des geschäftsführenden Organs 1468
e) Der Arbeitsdirektor, § 33 MitbestG 1479
f) Ständiger Ausschuss 1491
g) Ausübung von Beteiligungsrechten durch den Aufsichtsrat, § 32 MitbestG 1494
6. Erstmalige Anwendung des Gesetzes (§ 37 MitbestG) 1504
a) Verhältnis zu §§ 97–99 AktG 1504
b) Satzungsanpassung (§ 37 Abs. 1 S. 2 MitbestG) 1504
c) Erstmalige Anwendung der §§ 25–29, 31–33 MitbestG (§ 37 Abs. 2 MitbestG) 1506
d) Widerruf der Bestellung des geschäftsführenden Organs (§ 37 Abs. 3 MitbestG) 1507

7. Besonderer Schutz der Mitglieder des Aufsichtsrats (§ 26 MitbestG) . 1509
a) Zweck und Struktur des § 26 MitbestG 1509
b) Behinderungsverbot 1510
c) Benachteiligungsverbot 1514
d) Begünstigungsverbot? 1516
e) Rechtsfolgen und Streitigkeiten 1517
III. Drittelbeteiligungsgesetz 1518
1. Grundlagen 1518
2. Anwendungsbereich 1518
a) Erfasste Unternehmen 1518
b) Ausnahmen 1521
3. Besonderheiten bei Zusammensetzung und Wahl des Aufsichtsrats ... 1522
a) Bildungszwang 1522
b) Zusammensetzung des Aufsichtsrats 1522
4. Besonderheiten bei der Wahl des Aufsichtsrats sowie der Beendigung des Mandats 1523
a) Anteilseignervertreter 1523
b) Arbeitnehmervertreter 1523
c) Beendigung des Mandats 1525
5. Besonderheiten bei der Aufsichtsratstätigkeit 1526
6. Erstmalige Anwendung des Gesetzes 1528
7. Besonderer Schutz der Mitglieder des Aufsichtsrats (§ 9 DrittelbG) .. 1528
IV. Mitbestimmung auf europäischer Ebene 1528
1. Unionsrechtliche Rahmenbedingungen der Mitbestimmung
2. Mitbestimmung in der Societas Europaea 1529
a) Rechtliche Grundlagen 1529
b) Arbeitnehmerbeteiligung im Aufsichts- bzw. Verwaltungsrat? 1532
c) Arbeitsdirektor? 1533
d) Bedeutung des Statusverfahrens 1534
3. Mitbestimmung bei grenzüberschreitenden Verschmelzungen (MgVG) 1535
4. Mitbestimmung bei grenzüberschreitenden Umwandlungen bzw. Spaltungen (MgFSG) 1537
V. Vertragliche Gestaltung der Mitbestimmung (Mitbestimmungsverträge) . 1538
1. Disposition über die Mitbestimmungsregelungen 1538
2. Erweiterung der Mitbestimmung 1539
a) Vertragliche Vereinbarung eines Mitbestimmungsregimes 1540
b) Vertragliche Vereinbarung eines anderen Mitbestimmungsregimes? 1540
c) Vertragliche Vereinbarung innerhalb eines geltenden Mitbestimmungsregimes? 1541
3. Praktische Handhabung 1542
a) Wahl von Arbeitnehmervertretern auf die Bank der Anteilseigner . 1542
b) Vertragliche Umsetzung 1542
VI. Statusverfahren (§§ 97–99 AktG) 1543
1. Bedeutung des Statusverfahrens 1543
2. Anwendungsbereich des Statusverfahrens 1544
3. Außergerichtliches Statusverfahren 1546
a) Abgrenzung zum gerichtlichen Statusverfahren nach § 98 AktG .. 1546
b) Relevante Fragen der Zusammensetzung des Aufsichtsrats 1548
c) Verfahren der Bekanntmachung 1549
d) Wirkung der Bekanntmachung 1553
4. Gerichtliches Statusverfahren 1558
a) Einleitung des Gerichtsverfahrens 1558

b) Antragsberechtigung ... 1560
c) Verfahren ... 1562
d) Wirksamkeit und Rechtsfolgen der Entscheidung ... 1566

§ 8 Aufsichtsrat im Konzern

I. Einleitung ... 1570
II. Die Stellung des Aufsichtsrats im Konzern ... 1571
1. Der Begriff des Konzerns ... 1571
a) Der Unterordnungskonzern ... 1571
b) Der Gleichordnungskonzern ... 1572
c) Keine eigene Rechtsform ... 1572
2. Aufsichtsrat der Obergesellschaft ... 1573
3. Aufsichtsrat der Untergesellschaft ... 1573
4. Interessenausrichtung ... 1573
III. Personelle Verflechtungen zwischen Ober- und Untergesellschaft ... 1576
1. Mehrfachmandate im Konzern ... 1576
2. Interessenkonflikte bei Mehrfachmandaten ... 1579
a) Vertragliche Weisungsrechte gegenüber entsandten Aufsichtsratsmitgliedern ... 1580
b) Stimmverbote ... 1582
c) Stimmenthaltung ... 1583
d) Amtsniederlegung und Abberufung ... 1584
IV. Spezifische Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats im Konzern ... 1585
1. Aufsichtsrat der Obergesellschaft ... 1585
a) Überwachungs- und Kontrollaufgaben als Folge der erweiterten Aufgaben des Vorstands ... 1585
b) Weitere konzernspezifische Aufgaben des Aufsichtsrats ... 1597
c) (Konzernspezifische) Überwachungs- und Kontrollinstrumente ... 1606
2. Aufsichtsrat der Untergesellschaft ... 1617
a) Überwachungsgegenstand und Überwachungsauftrag ... 1617
b) (Konzernspezifische) Berichterstattung und Berichtsprüfung ... 1619
c) (Konzernspezifische) Überwachungs- und Kontrollinstrumente ... 1620
3. Der Aufsichtsrat im Matrixkonzern ... 1624
a) Grundlinien der Matrixorganisation ... 1624
b) Klassischer Aufbau einer Matrix und Schlüsselstellen ... 1625
c) Überlagerung der gesellschaftsrechtlichen Weisungs- und Berichtswege im Matrixkonzern ... 1626
d) Überblick über Vor- und Nachteile von Matrixstrukturen ... 1626
e) Auswirkungen auf die Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats ... 1627

§ 9 Aufsichtsräte in anderen Gesellschaftsformen

I. Aufsichtsrat in der KGaA ... 1635
1. Vorbemerkung ... 1635
2. Allgemeines zum Aufsichtsrat in der KGaA ... 1636
a) Zusammensetzung ... 1636
b) Persönliche Voraussetzungen ... 1637
c) Wahl und Abberufung ... 1639
d) Innere Ordnung, Vergütung und Verträge mit Aufsichtsratsmitgliedern ... 1643
3. Rechtsstellung des Aufsichtsrats in der KGaA ... 1644
a) Kompetenzen des Aufsichtsrats in der KGaA ... 1644

b) Einschränkungen im Vergleich zum Aufsichtsrat in der AG 1651
c) Gestaltungsspielräume in der Satzung 1654
4. Haftung der Aufsichtsratsmitglieder in der KGaA 1657
a) Haftung gegenüber der Gesellschaft 1657
b) Haftung gegenüber Dritten 1658
II. Aufsichtsorgan in der Societas Europaea (SE) oder Europäische Aktiengesellschaft 1658
1. Rechtsgrundlagen und Regelungstechnik 1658
a) Rechtsgrundlagen 1658
b) Rechtsquellenpyramide 1658
2. Struktur der SE 1659
a) Grundstruktur 1659
b) Dualistisches Modell 1659
c) Monistisches Modell 1660
3. Aufsichtsorgan im dualistischen Modell 1661
a) Zusammensetzung 1661
b) Bestellung, Amtszeit und Abberufung 1663
c) Innere Ordnung 1666
d) Aufgaben 1667
e) Rechte 1668
f) Haftung des Aufsichtsorgans 1669
4. Verwaltungsrat im monistischen Modell 1670
a) Zusammensetzung 1670
b) Bestellung, Amtszeit und Abberufung 1672
c) Innere Ordnung 1673
d) Aufgaben 1674
e) Rechte 1675
f) Haftung des Verwaltungsrats 1675
III. GmbH 1677
1. Der fakultative Aufsichtsrat der GmbH 1677
a) Rechtliche Grundlagen 1677
b) Abgrenzung zu anderen Organen der Gesellschaft 1680
c) Aufgaben und Kompetenzen 1681
d) Bildung und Abschaffung 1682
e) Bestellung und Abberufung 1684
f) Rechte und Pflichten der Mitglieder 1686
g) Innere Ordnung 1688
2. Der Beirat der GmbH 1691
a) Rechtliche Grundlagen 1691
b) Abgrenzung zu fakultativem Aufsichtsrat und sonstigen Organen 1691
c) Bildung und Abschaffung – Aufgaben und Kompetenzen 1691
d) Bestellung und Abberufung 1692
e) Rechte und Pflichten der Mitglieder 1692
f) Innere Ordnung 1692
IV. Aufsichtsrat in der Genossenschaft 1692
1. Rechtsgrundlagen und Struktur 1692
a) Rechtsgrundlagen 1692
b) Struktur 1693
2. Aufsichtsrat in der Genossenschaft 1693
a) Zusammensetzung 1693
b) Rechtliche Stellung und Vergütung 1696
c) Innere Ordnung 1698

d) Aufgaben und Befugnisse ... 1699
e) Pflichten und Rechtsfolgen ... 1702
3. Zusammenarbeit mit dem Prüfungsverband ... 1703

§ 10 Aufsichtsorgane in beaufsichtigten Unternehmen des Finanzsektors

I. Einführung ... 1707
II. Erfordernis eines Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans und Zusammensetzung ... 1710
1. Kredit-, Finanzdienstleistungs- und Wertpapierinstitute ... 1710
2. Kapitalverwaltungsgesellschaften ... 1711
3. Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute ... 1712
4. Börsenträger ... 1712
5. Ratingagenturen ... 1713
6. Versicherungsunternehmen ... 1713
III. Besondere Inkompatibilitäten ... 1713
1. Mitglieder des Verwaltungsorgans, Prokuristen und Handlungsbevollmächtigte ... 1714
a) Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzholdinggesellschaften ... 1714
b) Kapitalverwaltungsgesellschaften ... 1714
c) Versicherungsunternehmen ... 1714
d) Treuhänder in Versicherungsunternehmen ... 1714
e) Abwickler ... 1715
2. Frühere Mitgliedschaft in der Geschäftsleitung ... 1715
a) Kreditinstitute ... 1715
b) Versicherungsunternehmen ... 1716
3. Überkreuzverflechtungen ... 1716
4. Gesetzliche Vertreter eines abhängigen Unternehmens in Aufsichtsräten kleinerer Versicherungsvereine ... 1716
5. Höchstzahl an Mandaten ... 1717
a) Kreditinstitute von erheblicher Bedeutung (§ 25d Abs. 3 KWG) ... 1717
b) Institute, die keine bedeutenden CRR-Kreditinstitute sind, und Finanzholdinggesellschaften (§ 25d Abs. 3a S. 1 KWG) ... 1720
c) Kapitalverwaltungsgesellschaften ... 1721
d) CASP und ART-Issuer ... 1721
e) Versicherungsunternehmen ... 1721
IV. Fachliche Qualifikation ... 1723
1. Relevante Rechtsquellen ... 1723
a) Regelungen im KWG ... 1723
b) Regelungen im KAGB ... 1724
c) Regelungen im WpIG ... 1724
d) Regelungen im ZAG ... 1725
e) Regelungen in der MiCAR ... 1725
f) Regelungen im VAG ... 1725
g) Regelungen im AktG für Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen von öffentlichem Interesse ... 1727
2. Nachweis der fachlichen Qualifikation ... 1729
a) Lebenslauf ... 1729
b) Fort- und Weiterbildung sowie Fortbildungsnachweis ... 1729
c) Vermutete fachliche Eignung für Arbeitnehmervertreter ... 1730
d) Erleichterte Nachweiserfordernisse bei „geborenen" Mitgliedern ... 1731

V. Zuverlässigkeit ... 1731
1. Normative Grundlagen ... 1731
a) Kredit-, Finanzdienstleistungs-, Wertpapier- und Zahlungsinstitute 1731
b) Kapitalverwaltungsgesellschaften ... 1731
c) CASP und ART-Issuer ... 1732
d) Versicherungsunternehmen ... 1732
2. Parallelität zu den Anforderungen an Geschäftsleiter ... 1732
3. Kriterien für die Beurteilung der Zuverlässigkeit ... 1732
a) Kredit-, Finanzdienstleistungs-, Wertpapier- und Zahlungsinstitute sowie Kapitalverwaltungsgesellschaften, CASP und ART-Issuer ... 1732
b) Versicherungsunternehmen ... 1733
c) Interessenkonflikte ... 1734
d) Zeitliche Verfügbarkeit ... 1735
4. Spannungsverhältnis zwischen personenbezogenen Anforderungen .. 1736
5. Nachweis der persönlichen Zuverlässigkeit ... 1737
a) Persönliche Erklärung mit Angaben zur Zuverlässigkeit ... 1737
b) Führungszeugnisse ... 1738
c) Auszug aus dem Gewerbezentralregister ... 1738
VI. Anzeigepflichten ... 1739
1. Allgemeines ... 1739
2. Anzeigepflichten nach dem KWG ... 1739
3. Anzeigepflichten nach dem KAGB ... 1739
4. Anzeigepflichten nach dem WpIG ... 1740
5. Anzeigepflichten nach dem ZAG ... 1740
6. Anzeigepflichten nach der MiCAR ... 1740
7. Anzeigepflichten nach dem VAG ... 1740
VII. Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsorgans ... 1741
1. Kredit-, Finanzdienstleistungs- und Wertpapierinstitute, KVGs, CASP und ART-Issuer ... 1741
2. Versicherungsunternehmen ... 1742
VIII. Innere Organisation des Aufsichtsorgans ... 1743
1. Vorschriften des KWG ... 1743
a) Allgemeines ... 1743
b) Risikoausschuss ... 1744
c) Prüfungsausschuss ... 1744
d) Nominierungsausschuss ... 1745
e) Vergütungskontrollausschuss ... 1745
2. Vorschriften des WpIG ... 1746
3. Versicherungsaufsichtsrecht ... 1746
IX. Aufgaben des Aufsichtsorgans ... 1747
1. Kreditinstitute ... 1747
a) Überwachung eines gruppenangehörigen Finanzhandelsinstituts .. 1747
b) Zustimmung zu Organkrediten (§ 15 KWG mit besonderer Haftungsgrundlage nach § 17 KWG) ... 1747
c) Erhöhung der Bonusgrenze ... 1748
2. Versicherungsunternehmen ... 1748
a) Vorstandsbestellung beim kleineren Versicherungsverein ... 1748
b) Abberufung eines Vorstandsmitglieds beim kleineren Versicherungsverein ... 1749
c) Verhältnis zum Verantwortlichen Aktuar ... 1749
d) Verhältnis zur Hauptversammlung und zur obersten Vertretung ... 1750
e) Verhältnis zum Sicherungsvermögenstreuhänder ... 1750
f) Verhältnis zu obligatorischen Governance-Funktionen ... 1750

X. Laufende Überwachung der Aufsichtsorgane durch die Aufsichtsbehörden und Befugnisse der Aufsichtsbehörden ... 1751
1. Vorschriften des KWG ... 1751
a) Informationsrechte ... 1751
b) Abberufungsverlangen ... 1751
c) Bestellung eines Sonderbeauftragten ... 1751
2. Entsprechende Regelungen im KAGB, WpIG, ZAG und KMAG ... 1752
3. Vorschriften der VAG ... 1753
a) Informelles Verwaltungshandeln ... 1753
b) Handlungsformen förmlicher aufsichtsbehördlicher Maßnahmen ... 1754

§ 11 Datenschutz

I. Überblick ... 1756
1. Funktion des Datenschutzes ... 1756
2. Rechtsquellen ... 1756
3. Schutzgegenstand und Anwendungsbereich ... 1757
4. Grundprinzipien ... 1758
5. (Gemeinsam) Verantwortliche und Auftragsverarbeiter ... 1759
6. Datenaustausch und Datentransfers in Drittstaaten ... 1760
7. Sanktionen ... 1761
a) Schadensersatz ... 1761
b) Bußgelder ... 1762
II. Datenschutzrechtliche Stellung des Aufsichtsrats in der Gesellschaft ... 1763
1. Das Verhältnis des Aufsichtsrats zum betrieblichen Datenschutzbeauftragten ... 1763
2. Folgen von Datenschutzverstößen des Aufsichtsrats und seiner Mitglieder ... 1764
a) Datenschutzverstöße im Rahmen der Tätigkeit für die Gesellschaft 1764
b) Datenverarbeitung für gesellschaftsfremde Zwecke ... 1765
III. Datenschutzrechtliche Vorgaben für die Arbeit des Aufsichtsrats ... 1766
1. Organisatorische Pflichten ... 1766
a) Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten ... 1766
b) Technische und organisatorische Maßnahmen ... 1767
c) Gewährleistung von Betroffenenrechten ... 1767
2. Datenschutzvorgaben für die Personalarbeit des Aufsichtsrats ... 1769
a) Rechtsgrundlagen ... 1769
b) Einbindung einer gesellschaftsexternen Personalabteilung ... 1770
IV. Überwachung der Datenschutzcompliance ... 1770
1. Anforderungen an die Datenschutzorganisation ... 1771
a) „Accountability“ und Pflicht zur Implementierung eines Datenschutzmanagementsystems ... 1771
b) Bestandteile eines Datenschutzmanagementsystems ... 1771
2. Folgen für die Tätigkeit des Aufsichtsrats ... 1772

§ 12 Künstliche Intelligenz im Aufsichtsrat

I. Vorbemerkung ... 1776
II. Gegenwärtige Bedeutung von KI im Aufsichtsrat ... 1776
III. Künstliche Intelligenz ... 1777
1. Definition künstlicher Intelligenz ... 1777
2. Maschinelles Lernen ... 1778
3. Generative KI ... 1778

4. Strukturelle Schwachstellen von KI ... 1778
a) Trainingsdatenabhängigkeit ... 1779
b) „Black-Box"-Risiko und halluzinierende KI ... 1779
c) Diskriminierungsrisiken ... 1780
IV. Rechtliche Grundlagen für die Nutzung von KI in der Aktiengesellschaft 1780
1. Gesellschaftsrecht ... 1780
2. Datenschutz ... 1780
3. KI-VO ... 1781
4. IT-Sicherheit (NIS-2-Richtlinie) ... 1781
V. Änderungen des Anforderungsprofils von Aufsichtsratsmitgliedern ... 1782
1. KI-Systeme als Aufsichtsratsmitglied ... 1782
2. Kein gesetzliches Erfordernis eines KI-Experten ... 1783
3. Kompetenzanforderungen ... 1783
VI. Die Rolle von KI-Systemen im Rahmen der Aufsichtsratsarbeit ... 1784
1. Beratung des Vorstands beim Einsatz von KI-Systemen ... 1784
2. Überwachung des Einsatzes von KI-Systemen durch den Vorstand .. 1785
a) Entscheidung über den Einsatz von KI-Systemen durch den Vorstand ... 1785
b) Delegation von Entscheidungen auf KI-Systeme ... 1786
c) Vorbereitung von Entscheidungen – Informationsbeschaffung 1788
d) Keine Pflicht zum KI-Einsatz ... 1791
e) Überwachung durch den Aufsichtsrat ... 1792
3. Der Einsatz von KI-Systemen in der Aufsichtsratsarbeit ... 1794
a) Zulässigkeit und rechtliche Grenzen des Einsatzes von KI-Systemen im Aufsichtsrat ... 1794
b) Einsatz von KI-Systemen zur präventiven Überwachung/Beratung des Vorstands ... 1794
c) Einsatz von KI-Systemen zur Überwachung des Vorstands ... 1795
d) Einsatz von KI-Systemen bei Personalentscheidungen/ Vorstandsvergütung ... 1795
e) Einsatz von KI-Systemen bei weiteren Aufgaben des Aufsichtsrats . 1795
f) KI-Einsatz und Selbstbeurteilung nach DCGK D.12 ... 1796
g) Sorgfaltspflichten des Aufsichtsrats bei der Nutzung von KI-Systemen ... 1796
VII. KI-Einsatz und Vertraulichkeit im Aufsichtsrat ... 1797
VIII. Haftung ... 1798
1. Gesellschaftsrecht ... 1798
a) Haftung bei Einsatz von KI im Aufsichtsrat ... 1798
b) Haftung bei Überwachung des Einsatzes von KI-Systemen durch den Vorstand ... 1798
2. Arbeitsrecht/AGG ... 1798
3. Datenschutzrecht ... 1799

§ 13 Aufsichtsräte in Unternehmen mit Beteiligung der öffentlichen Hand

I. Einführung und Abgrenzung ... 1802
II. Gesellschaftsrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Rahmen ... 1804
1. Gesellschaftsrechtliche Vorschriften ... 1804
2. Öffentlich-rechtliche Vorschriften ... 1804
III. Der grundlegende Konflikt zwischen öffentlichem Recht und Gesellschaftsrecht ... 1806
1. Zielkonflikte und Ingerenzpflichten ... 1806

2. Grundlagenstreit – Lehre vom Verwaltungsgesellschaftsrecht oder Vorrang des Gesellschaftsrecht ... 1809
3. Bedeutung des Grundlagenstreits für Einzelfragen ... 1809
4. Das BVerfG-Urteil vom 7.11.2017 („Deutsche Bahn") ... 1810
5. Folgen für die vorliegende Betrachtung ... 1812
IV. Bestellung und Abberufung der Aufsichtsratsmitglieder ... 1812
1. Die Bestellung ... 1812
a) Gesellschaftsrechtlicher Rahmen der Bestellung ... 1813
b) Organisatorisch-personelle Sicherung des angemessenen Einflusses (Ingerenzpflicht) ... 1814
c) Sonstige öffentlich-rechtliche Vorgaben zur Auswahl der Personen 1815
2. Die Abberufung ... 1819
a) Gesellschaftsrechtlicher Rahmen der Abberufung ... 1819
b) Organisatorisch-personelle Sicherung des angemessenen Einflusses (Ingerenzpflicht) ... 1821
c) Spannungsverhältnis zwischen Weisungsfreiheit und Abberufungsrecht ... 1821
d) Keine Umgehung der kommunalrechtlichen Vorschriften der Verhältniswahl ... 1825
e) Unabhängigkeit von öffentlich-rechtlichem Amt und Amt als Aufsichtsratsmitglied ... 1826
f) Gerichtliche Abberufung Öffentlich Bestellter Aufsichtsratsmitglieder ... 1826
V. Interessenkonflikte bei der Amtsausübung und Weisungsrecht ... 1826
1. Öffentlich-rechtliche Vorgaben, insbesondere der Gemeindeordnungen ... 1827
2. Interessenkonflikte ... 1827
3. Weisungskonflikte ... 1828
a) Weisungsfreiheit in der Aktiengesellschaft ... 1828
b) Weisungsfreiheit in der GmbH mit obligatorischem oder fakultativem Aufsichtsrat ... 1829
4. Rechtsschutz gegen rechtswidrige Weisungen ... 1830
a) Beamtenverhältnis ... 1831
b) Öffentlich-Rechtlicher Auftrag bzw. Geschäftsbesorgungsvertrag . 1832
VI. Informationsrechte und Verschwiegenheit ... 1832
1. Vereinbarkeit mit Europarecht ... 1833
2. Voraussetzungen für die Lockerung ... 1833
3. Form und Umfang der Berichterstattung ... 1834
4. Berichtsempfänger ... 1835
a) Pflichten des Berichtsempfängers ... 1835
b) Auswahl des Berichtsempfängers ... 1836
5. Anwendbarkeit auf die GmbH ... 1841
6. Direkte Informationspflichten der Gesellschaften ... 1842
VII. Haftungsfragen ... 1842
VIII. Fazit und Handlungsempfehlungen ... 1843

Entscheidungsregister ... 1845

Sachverzeichnis ... 1919